

Nationalrat stimmte für EU-Erweiterung

Die Schaffung der nationalen gesetzlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der Europäischen Union stand an der Spitze der Tagesordnung der Plenarsitzung des Nationalrats am 3. Dezember. Die Vorlage wurde nach mehrstündiger Debatte mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen, bei den Freiheitlichen stimmten Umweltsprecher Wittauer – aus Protest gegen Temelin – und Vertriebenen-Sprecherin Rosenkranz – aus Protest gegen die Benes-Dekrete – gegen die Erweiterung der Union.

Molterer: Neues Kapitel Europäischer Einigung

Mag. Wilhelm Molterer (V) begrüßte vorerst stellvertretend für diese „10 neuen wertvollen und wichtigen Partner in der EU“ die Vertreter dieser Partnerländer, die die Diskussion begleiteten. Wie die Diskussion über

gesprochen, sondern von der „Erweiterung der EU“ und heute spreche man von einer „Wiedervereinigung Europas“; es gehe um eine Wiedervereinigung, die einen langen Weg hinter sich hat: Es ist nämlich wenige Jahrzehnte her, daß dieses Europa nach einem Terrorregime der Nazis in Trümmern gelegen ist, daß Europa nach diesem Zweiten Weltkrieg geteilt wurde, daß Grenzen geschaffen wurden, die die Geschichte nicht gekannt hat, sondern die fehlgesteuerte Menschen in diesem Kontinent geschaffen haben. Heute könne man ein neues Kapitel der europäischen Einigung aufschlagen, sagte er.

Eine europäische Einigung gibt ganz zentrale und wichtige Antworten. In den 50er-Jahren, nach den dramatischen Ereignissen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges sowie der Teilung dieses Kontinents, wurde eine Antwort gesucht und ge-

der EU, des europäischen Einigungsgedankens gesagt haben, es wird auf Dauer nicht reichen, daß wir eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden, sondern wir brauchen die Vision der politischen Gemeinschaft, der politischen Vereinigung in Europa, weil nur die politische Zielsetzung letztendlich die Antwort sein kann, die mit dem Prozeß der wirtschaftlichen Einigung begonnen wurde. Heute setzen wir einen „zentralen Stein in dieses europäische Einigungsbauwerk“: Wir nehmen diese zehn neuen Länder in unsere Europäischen Union auf.



die so wichtige „historische Entscheidung“ begonnen hat, war im Sprachgebrauch das Wort „Osterweiterung“, erinnerte Molterer. Mit diesem Sprachgebrauch, merkte der Redner an, habe er sich nie wohl gefühlt. Der Sprachgebrauch wurde verbessert – auch das sei ein wichtiger symbolischer Beitrag –, es wurde nicht mehr von der „Osterweiterung“

funden. Verantwortliche Staatsmänner und Frauen haben damals gesagt: „Wenn wir eine wirtschaftliche Verflechtung in diesem Kontinent zwischen den verfeindeten Nationen zustande bringen, dann kann damit ein entscheidender Beitrag dazu geleistet werden, daß es nie wieder Krieg in Europa gibt. Es war damals schon klar, daß die Gründerväter

Aus dem Inhalt

Transitvertrag läuft aus	4
Industrie schaltet noch nicht in den dritten Gang	8
Wirtschaft profitiert von Schwarzeneggers Wahl	11
Gemischter Satz – Multi-kulti auf den Kochplatten	12
Leben in zwei Welten	
Ausländerkinder der zweiten Generation in Österreich	18
»Quasi ein Genie«	
Qualtinger Ausstellung	20
»Ecce hom – wohin strebst Du?« OsterKlang 2004	22
»Alles Glück dieser Erde«	
Neue Filmproduktion mit Starbesetzung	24
Die Galerie Miethke im Jüdischen Museum Wien	20
ÖJ-Reisetip:	
Innsbruck – Metropole im Herzen der Alpen	30
Swarovski Kristallwelten	40
André Heller im Interview	43
Impressum	44

Innen- / Europapolitik

Er erinnerte sich an den August 1968, als ihm seine Mutter eines Morgens sagte: „In Prag fahren die russischen Panzer“; was das für seine Elterngeneration bedeutet hat, sei ihm erst an diesem Morgen bewußt geworden. Das war mit ein Motivator, warum für ihn diese europäische Einigung eine emotionale Sache ist, die nicht allein rational und technokratisch bewältigbar ist. Genauso eine Emotion habe er empfunden, als im Jahr 1989 die Berliner Mauer gefallen ist, ein Freudentag nicht nur für die Bevölkerung Deutschlands, sondern für ganz Europa. Die Idee der europäischen Einigung ist stärker als Nationalismus, strich Molterer heraus, sie ist stärker als menschenverachtende Ideologien wie der Nationalsozialismus, und ist stärker als undemokratische Regime und Systeme, wie sie der Kommunismus über Jahrzehnte in Europa errichtet hatte. Seiner Meinung nach lautet die wichtigste Botschaft: Die europäische Einigung ist stärker als alles Menschenverachtende, das wir auf diesem Kontinent erlebt haben.

Fischer: Erweiterung der Zone des Friedens

Dr. Heinz Fischer (S) meinte, es sei ein historisches Datum, wenn im Nationalrat nach großen Anstrengungen und sorgfältigen Überlegungen der Beschluß gefaßt wird, daß wir die Erweiterung für richtig halten, wenn wir dazu beitragen, daß die EU von weniger als 400 auf über 450 Millionen Einwohner anwächst und damit mehr Einwohner hat als die USA und Rußland zusammen und wenn wir einen Zustand beenden, der Resultat des Zweiten Weltkrieges war und der Europa geteilt hat. Fischer bekannte sich „voll und ganz“ zu diesem historischen Beschluß und freute sich, daß er im Parlament mit außerordentlich großer Mehrheit gefaßt werden wird.

„Wenn der Nationalrat mit 98 Prozent dem Vorschlag zustimmen wird, müssen wir uns bewußt sein, daß diese Mehrheit wahrscheinlich größer ist als die Zustimmung in der Bevölkerung“, erklärte Fischer. Sicher werde eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter diesem Beschluß stehen, aber aus Umfragen wisse man, daß es Sorgen, Skepsis und Bedenken gibt. „Weil wir überzeugt sind, daß unsere Entscheidung richtig ist, müssen wir diese Sorgen ernst nehmen und den Menschen zeigen, daß wir die Arbeit noch nicht als beendet betrachten, sondern daß jetzt ein ‚Geburtsakt‘ zustande gekommen ist und das Kind erst wachsen muß.



Vizekanzler Hubert Gorbach, Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner

Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Nur wenn wir auf die Sorgen der Bevölkerung Rücksicht und unsere Hausaufgaben ernst nehmen, dann werden wir die Glaubwürdigkeit, mit der wir diese Entscheidung vor der Bevölkerung vertreten wollen, vergrößern können“, konstatierte der Redner.

Weiter gibt er zu, daß es „eine große Sache“ sein, daß Länder, die damals zum kommunistischen Machtbereich gehört haben, Länder, die Teil der Sowjetunion waren wie Estland und Lettland und Litauen, „in unserer Zeit Teil einer EU mit allen Freiheiten und Freizügigkeiten zwischen den Staaten sein werden.“

Die europäische Geschichte sei eine Geschichte der Kriege. Oft war der Krieg die Antwort auf Probleme. Das sei falsch, meinte Fischer, „der Friede ist das Entscheidende“. Die EU, der europäische Zusammenschluß, die Erweiterung sei ein Friedensprojekt. Die Philosophie des Krieges werde abgelöst durch eine Architektur des Friedens, und die Erweiterung der EU sei eine Erweiterung der Zone des Friedens. – Dieses Argument sollte in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden.

Fischer beleuchtete dann die historische Dimension und erinnerte auch an die vielen Hoffnungen, die man den Menschen machte, an die Versprechungen, die Staatspräsidenten, wenn sie diese Länder besucht haben, abgegeben haben. Damit wurden Erwartungen geweckt, betonte er, und nun komme dieser Prozeß zu einem fairen Abschluß – nicht zum Vorteil der einen und zum Nachteil der anderen Seite. Auch die soziale Dimension gehöre nach Ansicht von Fischer in den Vordergrund gerückt; dieses Projekt werde nur dann blühen und gedeihen, „wenn wir den sozialen Zusammenhalt ernst neh-

men, wenn wir den Menschen nicht nur als ‚Kostenfaktor auf zwei Beinen‘ betrachten, sondern wenn wir sagen: Eine Gesellschaft, die funktionieren, akzeptiert werden soll, muß auch eine soziale Gesellschaft sein; dem fühlen wir uns verbunden“, fügte er hinzu. Und Fischer weiter: „Mit der Erweiterung hängen auch institutionelle Fragen zusammen. Alle in diesem Haus haben Verständnis für die Position, daß wir uns zur Wehr setzen, wenn einige Staaten quasi über die Interessen anderer, insbesondere kleinerer Staaten ‚drüberfahren‘. Das ist legitim, das ist richtig“, aber das gilt nach Meinung von Fischer auch für die Sicherheitspolitik. In Fragen der Sicherheitsarchitektur werde es nicht möglich sein, „daß die drei größten Nato-Staaten einen Text auf den Tisch legen und Österreich sagt ja und Amen dazu“. Es müsse auf Staaten, die nicht paktgebunden ist, Rücksicht genommen werden, denn auch im Bereich der europäischen Architektur müsse darauf Wert gelegt werden, daß die Interessen der Nato-Staaten und die Interessen der nicht paktgebundenen oder der neutralen Staaten berücksichtigt werden. Fischer: „Wir brauchen eine solidarische Sicherheitspolitik, aber eine, die von allen 15 Staaten und in weiterer Folge von allen 25 Staaten mit ihren Interessen und ihren Verfassungsordnungen mitgetragen werden kann.“

Scheibner: Menschen, nicht Lobbies

„Alle sehen das Projekt eines gemeinsamen, eines geeinten, eines friedlichen Europa als ein sehr wichtiges Thema der europäischen, aber auch der österreichischen Politik an“, leitete Herbert Scheibner (F) seine Wort-

Innen- / Europapolitik

meldung ein; auch die FPÖ sehe das so. Eine Erfolgsgeschichte in der europäischen Integration nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges ist es, daß innerhalb der EU Kriege, militärische Auseinandersetzungen auf Dauer unmöglich geworden sind, „daß es nicht mehr irgendwelche Bündnisab-sprachen auf Zeit gibt, sondern es wird auf Dauer ein Signal gesetzt, daß die Mitglieds-länder dieser EU ihre Konflikte auf friedlicher Ebene austragen und man gemeinsam aufbaut und nicht gegenseitig zerstört.“ Er sieht auch das Signal, daß von der EU keine militärische Bedrohung an das Umfeld ausgeht und ausgehen wird: „Diese EU hat es sich zu einem ihrer wichtigsten Ziele gesetzt, Sicherheitspolitik zu betreiben, das heißt Krisenbewältigung auch außerhalb oder innerhalb Europas zu unternehmen, weil man weiß, daß diese Krisen unmittelbare Auswirkung auf Europa, auf die Union und auch auf Österreich haben und weil sich diese EU als Wertegemeinschaft sieht und sehen muß“, so Scheibner. Deshalb müsse der Gedanke einer Sicherheitsunion an die erste Stelle der weiteren Verhandlungen gestellt werden, denn ohne Sicherheit brauchen wir uns über andere Projekte gar nicht den Kopf zu zerbrechen, sagte Scheibner.

„Dieses Europa muß auch ein Europa für die Menschen auf diesem Kontinent sein, das die Interessen von Lobbies und Interessenvertretungen nicht im Vordergrund unserer Überlegungen stellt, sondern wir haben auf die Bedürfnisse, Anforderungen, aber auch Sorgen und Ängste der Menschen in Europa Rücksicht zu nehmen, betonte der Abgeordnete. Gerade die letzten Diskussionen rund um den Transitvertrag zeigen, daß man die Sorgen, Ängste und Bedürfnisse eines Landes, nämlich Österreichs, nicht beachtet. 14 Länder der EU sind über die Interessen eines Landes ‚drübergefahren‘. Auch das Europäische Parlament als Volksvertretung aller Mitgliedsländer hat diesen Auftrag nicht wahrgenommen. Wenn es darum geht, diese Union auch demokratisch zu machen, dann haben wir noch einen sehr weiten Weg zu gehen, um die ‚Vision eines Europa für die Menschen‘ auch umsetzen zu können“, so Scheibner.

„Wir halten es für einen Widerspruch zu den Kriterien der Menschenrechte, daß etwa die Tschechische Republik nach wie vor mit den Benes-Dekreten und den Amnestiegesetzen Rechtsbestände in ihrer Rechtsordnung hat, die die Grundlage und die Rechtfertigung für die Ermordung und Vertreibung von hunderttausenden unschuldigen Menschen

nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen sind“, sagte der Redner und fuhr fort: „Hier geht es darum, nicht gegen ein Land oder gegen die Menschen in diesem Land zu argumentieren, sondern darum zu sagen: ‚Ihr seid willkommen, aber ihr müßt die Kriterien, die wir an die Menschenrechtstandards anlegen, auch erfüllen‘. Es kann doch für ein demokratisches Land nicht schwierig sein zu sagen: Das war Unrecht, und es werden die Bestände, die dieses Unrecht sanktionieren, aufgehoben, wir ziehen einen Schlußstrich und geben damit eine Grundlage für ein gemeinsames demokratisches Zusammenleben der Staaten in dieser Region.“

Van der Bellen: Großer Tag ohne große Begeisterung

Dr. Alexander Van der Bellen (G) sprach von einem großen Tag, gab aber zu bedenken, daß sich richtige Begeisterung sich nicht einstellen wolle. Der Freude über die neuen Mitglieder stehe ein gewisses Unbehagen über die EU in ihrem derzeitigen Zustand gegenüber. Van der Bellen wies in diesem Zusammenhang vor allem auf den Stabilitätspakt und den Transitvertrag hin. Aus wirtschaftspolitischer Sicht begrüße er es zwar, daß der Stabilitätspakt nun politisch tot sei, die Art, wie er zu Grabe getragen wurde, müsse „einem aber übel aufstoßen“, sagte er. Wenn Regeln für alle gelten, nicht aber für die Großen, dann könne dies nicht im Geiste einer kommenden europäischen Verfassung sein.

Unbehagen äußerte Van der Bellen auch über das Scheitern in der Transitfrage. Hier habe sich deutlich gezeigt, daß sich in der EU die Frächterlobby durchsetzt.

Was die österreichischen Positionen in EU-Fragen betraf, sparte der Redner nicht mit Kritik. Es sei ihm wohl recht, wenn Österreich weiterhin einen Kommissar entsende, doch dies könne nicht als zentrales Problem in der Verfassungsdiskussion angesehen werden. Klar war für Van der Bellen, daß ein Kommissar nicht der Repräsentant eines Landes sei, sondern vielmehr die Position der EU zu vertreten habe. Dies werde zwar von Franz Fischler, nicht aber von Außenministerin Ferrero-Waldner erkannt, bemerkte er.

Schüssel: Gräben zuschütten, nicht vertiefen

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel interpretierte den Beschluß ebenfalls als großen

Tag für Österreich und für Europa. Die Erweiterung mache deutlich, daß die Europäische Idee lebe. Manche bilateralen Probleme hätten aber in einem europäischen Geist gelöst werden sollen, räumte Schüssel ein. Die EU dürfe jedenfalls nicht vergessen, daß Menschenrechte unteilbar sind und daß die Geschichte nicht verschwiegen werden dürfe. Schüssel trat daher im Verhältnis zu Tschechien für gemeinsame Gesten ein, die die Gräben überwinden helfen anstatt sie zu vertiefen. Der Beschluß sei ein gutes Symbol in dieser Richtung, sagte er.

Zur Diskussion über die Beistandspflicht merkte Schüssel an, sowohl die Position des italienischen Außenministers Frattini als auch jene des SP-Abgeordneten Einem sei vernünftig, er erkenne keine gravierenden Unterschiede. Von einem Begraben der Neutralität durch die Bundesregierung könne keine Rede sein, versicherte er. Es gehe vielmehr darum, etwas Gemeinsames in einem guten europäischen Geist zu entwickeln.

Gorbach: Große Herausforderung für Österreich

Vizekanzler Hubert Gorbach betonte, das Parlament schreibe heute Geschichte. Die FPÖ sei nicht gegen die Erweiterung, sie werde das Zusammenwachsen Europas natürlich nicht behindern oder verhindern. „Als Regierungspartei mit Verantwortung werden die Freiheitlichen aber auch weiterhin eine konstruktive, aber nicht unkritische Haltung gegenüber der EU einnehmen“, kündigte Gorbach an.

Der Vizekanzler sieht die Erweiterung vor allem als große Herausforderung für Österreich, dies in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso wie etwa in der Frage der Atompolitik. Österreich werde auch in Zukunft Überzeugungsarbeit leisten müssen, unterstrich er. Ein atomfreies Mitteleuropa und die Nullvariante für Temelin nannte Gorbach dabei als die Ziele. Auch die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs wertete der Vizekanzler als wesentliche Herausforderung. Die Reaktion Österreichs könne nur in einer Intensivierung der Schiene und in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ÖBB bestehen. Die Auseinandersetzung um die Benes-Dekrete wiederum will Gorbach, wie er sagte, „auf nationaler und europäischer Ebene führen“. Er erwarte sich von Tschechien „eine klare Stellungnahme zu dem Unrecht, das damals geschehen ist“, sagte er in diesem Zusammenhang. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Transitvertrag läuft aus

Mit 31. Dezember 2003 läuft die bisher gültige Ökopunkte-Regelung zur Beschränkung des Transitverkehrs durch Österreich aus. An einer »Ersatzlösung« in Form der Wegekostenrichtlinie wird fieberhaft gearbeitet.

Es bleibt dabei: Mit Ende dieses Jahres läuft die bisher geltende „Ökopunkte-Regelung“ aus, die den Transitverkehr durch Österreich geregelt hat. Die Befürchtungen, daß die LKW-Lawine dann zumindest zahlenmäßig unbeschränkt unser Land queren wird, ist somit eingetroffen, obwohl noch bei allen nur möglichen EU-Stellen um eine andere Lösung gekämpft wird. Es gibt zwar eine „Nachfolgeregelung“, die aber für Österreich nicht zumutbar ist, wie Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach (F) feststellte. Dazu wäre es nötig, ein „sündteures Zählsystem für LKW“ einzurichten, was von Österreich aber abgelehnt wurde. Viel Verhandlungsspielraum hatte Österreich übrigens nicht, denn im Bereich Verkehr ist in der EU keine Einigkeit erforderlich, es sind also Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren. Ein massives weiteres Problem besteht darin, daß jede Verschärfung der Vorschriften im LKW-Verkehr naturgemäß auch die heimische Wirtschaft betrifft.

Der Ausweg heißt »Wegkostenrichtlinie«

Österreich muß sich jetzt mit aller Kraft hinter eine rasche Verabschiedung der EU-Wegekostenrichtlinie auf EU-Ebene stellen. Die „Eurovignette“ ist die einzige Chance, auf EU-Ebene ökologische und sinnvolle Steuerungsmaßnahmen durchzusetzen, wie die EU-Abgeordnete Dr. Ursula Stenzel (VP) erklärte. Diese Richtlinie sieht vor, die Mauthöhen auf einzelnen Korridoren nach der ökologischen Empfindlichkeit der Zone, der Bevölkerungsdichte oder dem Unfallrisiko zu variieren. Ein Ziel ist dabei die Verlagerung auf weniger belastete Achsen. Das könnte bedeuten, daß die Gebühren in Tirol relativ teuer werden, auf der Phyrn-Strecke dagegen niedriger als die Infrastrukturkosten ausmachen. Durch die Ausweitung der Definition sensibler Gebiete könnte ganz Österreich als sensible Zone definiert werden, worum nun in Brüssel von Österreichs Politikern gerungen wird. Die Einrechnung aller externen Kosten in die Mautgebühren sollte eine umfassende Querfinanzierung

alternativer Verkehrsträger ermöglichen. Wobei festzustellen ist, daß natürlich prinzipiell jede Entscheidung auch Auswirkungen auf den heimischen LKW-Verkehr haben wird.

Hannes Swoboda, SPÖ-Delegationsleiter im Europäischen Parlament, stellte fest, es sei „kaltschnäuzig über unsere Köpfe hinweg entschieden worden“. Was jetzt als Transit-Beschluss vorliege, habe kaum einen Lenkungseffekt, biete de facto keine Anreize zum Umstieg auf saubere LKWs und bringe keine Ökologisierung im Transitverkehr, sondern statt dessen freie Fahrt.

Erste Erfolge in Straßburg und Brüssel

Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa, der als Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen in diesen „heißen“ Tagen in Straßburg weilte, konnte sozusagen an Ort und Stelle in einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Europarates einen Erfolg vor allem für Tirol verbuchen: Der ständige Ausschuß des Europarates hat einen Antrag, der den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte beinhaltet, sowie einen von van Staa eingebrachten Abänderungsantrag einstimmig angenommen. Darin wird auf die durch den alpenquerenden Verkehr verursachte Umweltverschmutzung und die damit verbundene nicht tolerierbare Situation der in Alpentälern lebenden Bevölkerung hingewiesen. „In der Entscheidung wird das Recht auf eine saubere Umwelt als Menschenrecht anerkannt“, freut sich van Staa, „die zunehmende Belastung der Umwelt und der Menschen durch den Transitverkehr wird hier als einer der Gründe angeführt.“ Die Empfehlung des ständigen Ausschusses mit dem Abänderungsantrag fand die einstimmige Zustimmung und wird dem Ministerkomitee im Europarat zur Beschlussfassung zugewiesen.

Auch der EU-Abgeordnete Hans Kronberger (F) berichtete kurz darauf von einem weiteren Erfolg bei den Verhandlungen, diesmal in Brüssel: Seine Stellungnahme über die neue EU-Wegekostenrichtlinie im

Umweltausschuß wurde einer Abstimmung unterzogen und ohne Gegenstimmen angenommen: Mautpflicht auf dem gesamten europäischen Straßennetz; verstärkte Berücksichtigung aller externen Umweltkosten und Einführung eines EU-weit gültigen Berechnungssystems dafür; höherer Mautzuschlag zur Querfinanzierung alternativer Verkehrsträger in sensiblen Gebieten; eine fundamentale Ausweitung der Definition sensibler Zonen. Kronberger: „Das ist ein Erfolg für das Verursacherprinzip, für Kostenwahrheit und für die Querfinanzierung alternativer Verkehrsträger. Und auf genau diesen Fundamenten wird eine nachhaltige europäische Verkehrslösung aufbauen müssen.“ Leider ist aber damit das Problem nicht gelöst, denn endgültig entscheiden darüber wird letztlich an anderer Stelle – ohne hier den hohen Stellenwert der Einstimmigkeit im Ausschuß reduzieren zu wollen.

Die Richtung stimmt

Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach (F) bezeichnete dies als „wichtigen Beitrag und Schritt in die richtige Richtung zur Gestaltung einer künftigen Wegekostenrichtlinie. Angesichts der Abfuhr, die uns in Sachen Transitnachfolgeregelung von der Europäischen Union erst unlängst erteilt wurde, gilt es jetzt einmal mehr den Blick nach vorne zu richten, und die künftige Wegekostenrichtlinie von Anfang an aus österreichischer Sicht mitzugestalten“, so Gorbach. Damit fänden auch spezielle Umweltbedürfnisse Österreichs Berücksichtigung, wie etwa eine umfassende Definition sensibler Gebiete, höhere Aufschläge zur Querfinanzierung von Schienen-Infrastrukturprojekten oder die verstärkte Einbeziehung externer Kosten. Gorbach: „Der EU-Wegekostenrichtlinievorschlag ist grundsätzlich zu begrüßen, einige Bereiche erscheinen jedoch aus österreichischer Sicht als problematisch und bedürfen deshalb einer Nachbesserung. Daher gilt es aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen: Österreich wird bei der Gestaltung der Wegekostenrichtlinie von Anfang an konstruktiv

Innen- / Europapolitik

und lösungsorientiert seine Mitarbeit auf allen Ebenen anbieten sowie intensive Überzeugungsarbeit leisten.“

Dr. Caspar Einem, Europasprecher er SPÖ, sieht viele Menschen in Österreich wegen der Transit-Niederlage von der EU enttäuscht, die eigentliche Ursache der Enttäuschung sei aber die österreichische Bundesregierung, sie habe die Chancen nicht genützt. Denn es gebe „nicht nur Feinde in der EU“. Neben dem „natürlichen Partner Frankreich“, als objektiv gleich gesinnten, hätte man auch Portugal, Schweden, Spanien, Finnland, Irland und das Vereinigte Königreich – Länder ohne massive Eigeninteressen – gewinnen können. Ambivalent, aber nicht unmöglich wäre es gewesen, Deutschland als möglichen Partner zu gewinnen. „Auch die Deutschen leiden unter dem Transit“, betonte Einem die Gemeinsamkeit, auf die man hätte aufbauen können. Das wären neun von fünfzehn Mitgliedsstaaten und damit die Mehrheit. Auf dieser Basis hätte ein Kompromiß mit Italien und Griechenland gefunden werden können.

Für Eva Lichtenberger, Verkehrssprecherin der Grünen, ist in diesem Zusammenhang „die Seelenruhe“ des Verkehrsministers „unverständlich“. „Gorbach hat es verabsäumt, beim Transitdebakel wenigstens Zugeständnisse bei der Wegekostenrichtlinie herauszuholen. Der ‚Anfang der Diskussion‘, von dem an Gorbach die Richtlinie mitgestalten will, ist längst vorbei. Entsprechend sieht auch der Richtlinienvorschlag der Kommission aus, der bei weitem nicht ausreichend ist, um den Erfordernissen von Mensch und Umwelt in Österreich zu genügen. Die Chancen auf eine Richtlinie, die vor der LKW-Lawine schützt, stehen schlecht, und die Verantwortung trägt diese Bundesregierung“, so Lichtenberger.

Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Dr. Michael Spindelegger, erinnerte daran, daß es es ein SPÖ-Verkehrsminister verabsäumt habe, bei Abschluß des Transitvertrages vorausschauend auch eine Nachfolgeregelung zu vereinbaren. Auch wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich führende SPÖ-Funktionäre bei ihren sozialistischen Freunden in Europa für Österreich bemüht hätten. Die österreichische Bundesregierung werde nun prüfen, „wie wir mit innerstaatlichen Maßnahmen für den Schutz der Gesundheit der Menschen und der Umwelt sorgen können“. Auch alle möglichen rechtlichen Mittel würden in diesem Zusammenhang ausgeschöpft. „Mit aller Kraft geht es jetzt jedoch auch darum, eine rasche Ver-

abschiedung der Wegekostenrichtlinie auf EU-Ebene sicherzustellen“, so Spindelegger. Die Annahme der Wegekostenrichtlinie im Umweltausschuß des Europäischen Parlaments sei dazu ein erster wichtiger Schritt gewesen. Nun gelte es, auch im entscheidenden Verkehrsausschuß diese Position durchzusetzen.

Aus den Bundesländern

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl spricht sich dafür aus, daß die Bundesregierung eine Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Kommission einbringen soll, denn im EU-Beitrittsvertrag sei schließlich eine Senkung der Schadstoff-Emissionen in Österreich vorgesehen. Da es nach der aktuellen Entscheidung keine zahlenmäßige Einschränkung der durch Österreich fahrenden Lkw geben werde, sei dieses Ziel nicht zu erreichen.

Das Land Kärnten mobilisiert gegen die Transitlawine und stellt sich damit auch einem großen logistischen Aufwand. Landeshauptmann Dr. Jörg Haider sagte, daß sich Österreich auf eine Auseinandersetzung mit der EU in der Transitfrage einstellen müsse und daß Kärnten als erstes Bundesland mit einem Masterplan ganz konsequent gegen die Transitlawine ab 1. Jänner 2004 vorgehen werde. Alle rechtlichen Möglichkeiten würden dabei ausgeschöpft werden und Haider kündigte eine ganz massive Überprüfungs- und Kontrolltätigkeit – neben technischer auch in sozialrechtlicher Hinsicht – an den Transitstrecken bzw. neuralgischen Punkten wie Pack, Arnoldstein, Klagenfurt, Völkermarkt, B 100, usw. an.

Oberösterreichs Verkehrsreferent LH-Stv. Erich Haider fordert als Konsequenz nun endlich einen konsequenten Ausbau der Bahn und die Verlagerung der Güter auf die Schiene und auf das Wasser. Nur durch diese Maßnahmen könne gewährleistet werden, dass nicht eine noch größere Transitlawine über Oberösterreich hereinbreche. Das Verkehrsministerium müsse nun sofort die erforderlichen finanziellen Unterstützungen für die ÖBB bzw. für die Betreiber von kombinierten Verkehren zur Verfügung stellen, damit die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene wirtschaftlich attraktiv werde.

Salzburgs Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger sprach sich unter anderem für eine „Aktion scharf“ bei Lkw-Kontrollen sowie ein striktes Festhalten an den Wochenendfahrverboten aus. Weiters müssen Umweltentlastungs- und Lärmschutzmaßnahmen

entlang der Tauernautobahn rasch umgesetzt werden. Zu prüfen seien ferner die Einführung neuer Geschwindigkeitsbeschränkungen für Lkw sowie eine Ökologisierung des Road-Pricings etwa in Form eines Ökobonus für schadstoffarme und leise Lastkraftwagen. Auch er sieht die Notwendigkeit, daß die Bahn vermehrt für Gütertransporte genutzt werde.

Vorarlbergs Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber spricht von einer „Fehlentscheidung“, die Reaktion von EU-Verkehrskommissarin Loyola de Palacio, die darin sogar noch eine Sonderbehandlung Österreichs sehe, sei nicht nachvollziehbar. Insbesondere werde überhaupt nicht berücksichtigt, daß der Transitverkehr in Vorarlberg durch besiedeltes Gebiet verlaufe. In einem ersten Schritt werde es daher zu verstärkten Kontrollen kommen. Weitere Maßnahmen, wie sektorale Fahrverbote, seien ebenfalls denkbar, wobei hier zunächst die Entwicklung des Verkehrs genau beobachtet werde.

Der Wiener Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, DI Rudolf Schicker, bekräftigt den Schwerpunkt des Wiener Masterplans Verkehr und seine Forderung an den Generalverkehrsplan (GVP). Demnach müsse „gerade jetzt der Schienenverkehr absoluten Vorrang haben“, den prognostizierten Steigerungen des Güterverkehrsaufkommens könne nur mit einem leistungsfähigen Schienennetz begegnet werden. Die bei der Bundesbahnreform vorgesehene Erhöhung des Schienenbenützungsentgeltes dürfe deshalb nicht umgesetzt werden. Dadurch würde sich der Güterverkehr noch mehr auf die Straße verlagern. Notfalls können Dividenden der ASFINAG aus dem Zentralbudget zur Kompensation herangezogen werden. „Auch muß über eine Senkung der Tarife für den Schienengüterverkehr nachgedacht werden, um Anreize für einen Umstieg von der Straße zu schaffen.“ Schieneninfrastrukturprojekte müßten vorgezogen und deren Finanzierung sichergestellt werden. Für die Vienna Region seien hier der Bahnhof Wien Europa Mitte, der Ausbau der Westbahn, die Verbindung nach Bratislava, die Projekte „Hafen Freudenau“ und „Güterverkehrsterminal Inzersdorf“, aber auch die Güterverkehrs-Umfahrung von St.Pölten von zentraler Bedeutung.

Eine wesentliche Erleichterung wird wohl erst die Inbetriebnahme des Brenner-Basistunnels bringen, der mit rund 55 Kilometern der längste Bahntunnel der Welt sein wird. Der steht der „rollenden Landstraße“ aber erst ab 2015 zur Verfügung. ■

»EU-Erweiterung: Investitionen – Wachstumsschub für Europa«

1. Europa-Cocktail des Europaclub Wien am 4. November 2003

Bei 400 Anmeldungen für den Europa-Cocktail am 4. November 2003 war es nicht verwunderlich, daß der Festsaal der Bank Austria Creditanstalt (BA CA) restlos überfüllt war. Direktor Ivo Stanek erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß der Europa Club Wien (ECW) vor zehn Jahren, über Initiative von Dr. Gerhard H. Bauer, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), gegründet worden war. Seither haben die Veranstaltungen des Europa Club Wien monatlich, zehnmal im Jahr, stattgefunden. Europa Clubs bestehen weiterhin in Brüssel, Laibach, Zagreb, Sarajewo, Bukarest und Budapest. Gründungen in Sofia und Belgrad sind vorgesehen.

Dir. Stanek dankte Dr. Bauer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit und verabschiedete sich gleichzeitig formell, da er, nach 45 Jahren, mit 1. Juli 2003 aus dem Dienst der BA CA ausgeschieden ist. Er werde jedoch dem Europa Club treu bleiben umso mehr, als er auch dem Vorstand der ÖGfE angehöre. Schließlich sicherte er dem ECW auch für die Zukunft die Unterstützung der BA CA zu.

Der Präsident der ÖGfE, Prof. Herbert Krejci, begrüßte die Angehörigen des diplomatischen Korps und verwies auf die erfreuliche Tatsache, daß bisher insgesamt über 100 Veranstaltungen des Europa Club Wien stattgefunden haben, die von deutlich mehr als 10.000 Gästen besucht wurden. Er dankte Dir. Stanek für seine Hilfe, erwähnte ausdrücklich Elisabeth Tropsch als Sekretärin des Clubs und nannte jene Organisationen, die mit dem ECW organisatorisch verbunden sind: die BA CA, das Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Österreich, die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Industriellenvereinigung Wien, die Arbeiterkammer Wien, der Österreichische Raiffeisenverband und die Wirtschaftskammer Österreich.

Prof. Krejci führte Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny ein, indem er insbesondere auf dessen Tätigkeit sowohl als führender Nationalökonom, wie auch als Abgeordneter zum



Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny,
Institut für Volkswirtschaftstheorie und
-politik, WU Wien Fotos: Alexander Ch. Wulz

Nationalrat und seine vierjährige Zugehörigkeit zur Europäischen Investitionsbank in der Funktion eines Vizepräsidenten hinwies.

In seinem Vortrag betonte Prof. Nowotny das erfreulich starke Wachstum in den Beitrittsstaaten, insbesondere in Polen, der Slowakei und Slowenien, wobei freilich das niedrige Niveau, von dem die Steigerungen ausgingen, in Rechnung zu stellen sei. Dennoch müsse in allen Beitrittsstaaten noch viel getan werden, um den Abstand zum Niveau in den gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten zu verringern. Sowohl in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten wie auch in den Beitrittsländern können die erforderlichen Umstrukturierungen am ehesten in einer Phase wirtschaftlicher Dynamik durchgeführt werden.

Erfreulich in diesem Zusammenhang ist die Prognose eines leichten Aufschwungs in den EU-Staaten. Ein noch stärkerer Aufschwung ist in den USA zu erwarten. Die amerikanische Entwicklung sei in erster Linie auf Zinssenkungen und zusätzliche öffentliche Ausgaben zurückzuführen. Diesem Kurs folge Europa zumindest bisher

nicht. Wichtig sei es, daß in den Beitrittsländern mit ihren kleinen, offenen Volkswirtschaften ein exportgetragenes Wachstum einsetze. Hiezu gehören, gesamtwirtschaftlich gesehen, eine kräftige Nachfrage auf den Exportmärkten und eine damit in Zusammenhang stehende vorsichtige Währungspolitik, Direktinvestitionen, die sowohl Kapital- wie auch Know-How-Transfer umfassen und Infrastrukturmaßnahmen als Voraussetzungen für Investitionen. Prof. Nowotny skizzierte die wichtigsten Funktionen der Europäischen Investitionsbank (EIB) und unterstrich deren Rolle als größte externe Finanzierungsquelle. Die Vorschauen der EIB lassen tendenziell wachsende Direktinvestitionen erwarten, wobei den Investitionen der Automobilindustrie besondere Bedeutung zuzumessen sei, übrigens verbunden mit zusätzlichen Chancen für österreichische Zulieferer.

Auf dem Gebiete der Infrastruktur gelte es vor allem im Bereich des Verkehrs, des Umweltschutzes, der Wasserversorgung, der Abwasseraufbereitung und der Müllverwertung Maßnahmen zu setzen. Damit komme auch der möglichst raschen Entwicklung des Umweltrechtes in Richtung westlicher Standards große Bedeutung zu.

Über den hohen finanziellen Bedarf all dieser Maßnahmen kann freilich kein Zweifel bestehen, daher sind auch direkte Zuschüsse erforderlich. Die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds der EU werden den Beitrittsländern ab Mai 2004 zur Verfügung stehen. Bereits jetzt lässt sich abschätzen, daß die Beitrittsländer in den Jahren 2004 bis 2006 dreimal so hohe Zahlungen erwarten können, wie ihnen derzeit gewährt werden. Freilich, so Univ.-Prof. Nowotny weiter, müsse auf die Absorptionsfähigkeit in den Beitrittsländern Rücksicht genommen werden. Insgesamt aber bestehe die große Chance, einen wirtschaftlichen An Schub in Gang zu setzen.

Längerfristige Perspektiven müssen die künftigen Finanzregelungen ab 2007 umfassen, wobei sich äußerst kontrover sielle Fragen stellen, insbesondere die Rolle der Nettoempfänger und Nettozahler. Gewiß wird die alte Regelung nicht mehr Gültigkeit haben,

der zufolge im Notfall immer wieder Deutschland finanziell eingesprungen ist.

Mit Recht verwies der Vortragende auf die globale Bedeutung des Beitritts Chinas zum Galileo-Programm, dem europäischen Satellitennavigationssystem, das damit in Konkurrenz zum amerikanischen GPS tritt, welches aus öffentlichen Mitteln, mit einer klaren militärischen Ausrichtung, finanziert werde. China unterstreiche damit das Konzept einer tripolaren Welt – USA-EU-China – wobei die Europäische Union bereits als Einheit gesehen werde.

In der anschließenden von Dr. Bauer geleiteten Diskussion wurde die Frage der Trans-europäischen Netze (TEN) behandelt und der wachsende Transportbedarf in einem sich weitenden Europa hervorgehoben. In diesem Bereich gebe es beträchtliche Wachstumschancen, die allerdings nur längerfristig zum Tragen kommen werden. Die makroökonomische Wirtschaftspolitik der USA sollte den Europäern zu denken geben. Auf eine weitere diesbezügliche Frage erklärte Prof. Nowotny, daß sich Ungarn derzeit in einer schwierigen Situation befinde: ein hohes Budgetdefizit werde von einem beträchtlichen Leistungsbilanzdefizit begleitet. Längerfristig böten sich jedoch auch für Ungarn – unter der Voraussetzung, daß das Wachstum angekurbelt werde und sich auch exportmäßig niederschlage – gute Aussichten.

Die Nutzung der Chancen, die die EU-Strukturfonds bieten, sei, so Nowotny weiter, schwierig, da die Entwicklungsprogramme mit der Kommission, in einem erfahrungsgemäß mühsamen Prozeß, abgesprochen werden müssen und der Europäische Rechnungshof eine sehr genaue Kontrolle zu beachten habe. Die Möglichkeiten für österreichische Unternehmen bei der Durchführung von Projekten bestehe durchaus, zumal die Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel gut vertreten sei und schließlich alle derartigen Projekte im Amtsblatt der EU ausgeschrieben seien. Für Österreich böten sich besonders im Bereich der Bauwirtschaft, bei Umweltschutzmaßnahmen, bei der Wasserversorgung und der Abwasseraufbereitung ausgezeichnete Möglichkeiten, zumal sich österreichische Unternehmen in diesen Gebieten international bereits hervorragend eingeführt haben. Ebenso könne Österreich im Hochtechnologiebereich tätig werden. Die Tatsache, daß Österreich der NATO nicht angehöre, sei in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend. Wenn immer wieder die Forderung nach einer militärischen Komponente für Europa erhoben



Prof. Herbert Krejci, Präsident der ÖGfE (li.) im Gespräch mit Direktor Ivo Stanek von der Bank Austria Creditanstalt
Foto: Alexander Ch. Wulz

werde, so sei doch in Betracht zu ziehen, daß die Finanzierung derartiger Maßnahmen auf Kosten anderer Faktoren gehen würde und vor allem auf das bewährte und allgemein anerkannte europäische Gesellschaftsmodell Rücksicht zu nehmen sei.

Generalsekretär Dr. Bauer dankte dem Vortragenden für seine sehr anschauliche Dar-

stellung des komplexen Themenbereichs, dem Publikum für sein zahlreiches Erscheinen und für die Treue, die es dem Europa Club seit zehn Jahren halte. ■

Informationen: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
<http://www.euro-info.net>

Änderung des Wahlalters mit 1. Jänner 2004

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2004 wird das aktive und passive Mindestalter zur Teilnahme an bundesweiten Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren geändert, was auch Änderungen bei der Aufnahme in die Wählerevidenz bzw. die Europa-Wählerevidenz zur Folge hat (Text der Gesetzesnovelle s. BGBl. I Nr. 90/2003).

Während die zahlenmäßigen Altersangaben dieselben bleiben – aktives Wahlrecht bei BP-, NR- und EP-Wahlen & Teilnahme-recht bei Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren: 18 Jahre; passives Wahlrecht bei NR- und EP-Wahlen: 19 Jahre; passives Wahlrecht bei BP-Wahl: 35 Jahre, ändert sich der Stichtag für diese Altersangaben.

Dieser bezieht sich nicht mehr auf den 31. Dezember des Vorwahljahres, sondern nunmehr auf den Wahltag bzw. den Tag der Volksabstimmung / -befragung bzw. den

letzten Tag des Eintragszeitraums eines Volksbegehrens.

Für AuslandsösterreicherInnen bezieht sich die Änderung des Wahlalters insbesondere auf:

- die Teilnahme an bundesweiten und EP-Wahlen sowie Volksabstimmungen, wobei spätestens am Tag der Wahl bzw. Volksabstimmung das 18. Lebensjahr vollendet, d.h. der 18. Geburtstag gefeiert werden muss; und
- die Möglichkeit der Beantragung der Eintragung in die Wählerevidenz bzw. die Europa-Wählerevidenz bereits in jenem Jahr, währenddessen der 18. Geburtstag gefeiert (werden) wird.

T. M. Buchsbaum m.p.
Leiter der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten <http://www.bmaa.gv.at>

Industrie schaltet noch nicht in den dritten Gang

Die Produktionserwartung steigt jedoch, Auftragsaufträge zeigen sich dynamischer, konstatiert der aktuelle Einkaufsmanagerindex der BA-CA.

Der BA-CA Einkaufsmanagerindex weist für den November einen Wert von 54,2 aus. Damit liegt er gegenüber dem September und dem Oktober nahezu unverändert hoch. „Auch im November blieb Österreichs Industrie im zweiten Gang“, interpretiert Stefan Brucknbauer von der Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft (BA-



Stefan Brucknbauer
BA-CA Konzernvolkswirtschaft
Foto: BA-CA

CA) die aktuellen Zahlen. „Die Industrie fährt schneller als im ersten Halbjahr - aber noch immer nicht wirklich schnell.“ Den verhalten optimistischen Zahlen des ersten Halbjahres zufolge startete die Industrie vom Stillstand des Jahres 2002 aus, was auch durch die nun veröffentlichten Zahlen zur Industrieproduktion bestätigt wird. Sie konnte ab dem Sommer 2003 an Geschwindigkeit zulegen. Den dritten Gang einzulegen, gelingt der Industrie derzeit aber noch nicht.

Zwar haben sich im November die Produktionserwartungen erneut verbessert, der Teilindex stieg von 57,3 auf 57,7. Auch die Auftragslage wird optimistischer gesehen, dieser Teilindex stieg von 55,4 auf 55,5. Beide Werte lagen aber wieder leicht niedriger als im September. „Da die Industrie im Sommer 2002 zu optimistisch war und enttäuscht wurde, ist sie nun etwas vorsichtiger geworden“ meint Marianne Kager, Chefvolkswirt der BA-CA. Dies zeigt sich auch daran, daß trotz gestiegener Produktionser-

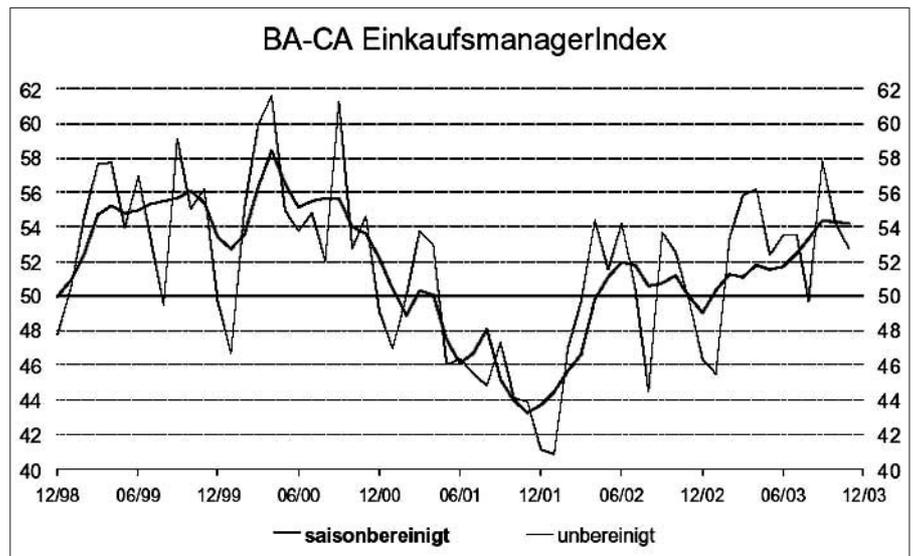
wartung die Vormateriallager weiter abgebaut werden: Kostenreduktionen sind derzeit noch wichtiger als die Angst vor einem Engpaß bei den Lagervorräten.

Auch bei der Beschäftigung ist derzeit keine Zunahme der Dynamik zu erwarten. Laut Einkaufsmanager steigt zwar die Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat an, das Ausmaß ist aber im Vergleich zu den letzten Monaten wieder zurückgegangen.

Obwohl der BA-CA EMI nun seit drei Monaten auf dem selben Niveau verharrt, sind die Ökonomen der BA-CA optimistisch, daß

sich die Konjunkturerholung weiter an Dynamik gewinnen wird. Der BA-CA Einkaufsmanagerindex hat seit August ein Niveau wie zuletzt Ende 2002 erreicht. Damals betrug das Produktionswachstum 12 Prozent. „Der Einkaufsmanagerindex liegt nun bereits auf hohem Niveau, dies sollte die weitere Dynamik garantieren“, so Kager. „Die Auftrags-eingänge aus dem Ausland werden wieder optimistischer beurteilt.“ Die BA-CA geht daher davon aus, dass sich die Dynamik im ersten Halbjahr 2004 fortsetzen wird. ■

<http://www.ba-ca.com>



Anmerkung: Werte des EMI über 50,0 weisen auf ein Wachstum gegenüber dem Vormonat hin, Notierungen unter 50,0 signalisieren einen Rückgang. Je weiter die Werte von 50,0 entfernt sind, desto größer sind die Wachstums- bzw. Schrumpfungstendenzen. Diese Aussendung enthält die Originaldaten aus der Monatsumfrage unter Einkaufsleitern der Industrie Österreichs, die von der Bank Austria Creditanstalt gesponsert und unter der Schirmherrschaft des ÖPWZ seit Oktober 1998 von NTC Research durchgeführt wird.

BA-CA EinkaufsmanagerIndex und Teilindizes							
	BA-CA EMI	Auftrags- eingang	Be- Produktion	Be- schäftigung	Liefer- zeiten	Vormaterial- lager	Einkaufs- preise 1)
Jul.03	52,5	52,7	54,0	51,9	48,5	50,7	46,3
Aug.03	53,3	53,5	55,7	52,9	49,1	51,3	46,4
Sep.03	54,4	56,1	57,9	52,5	48,0	48,0	52,2
Okt.03	54,3	55,4	57,3	52,8	46,6	47,9	55,1
Nov.03	54,2	55,5	57,7	51,4	45,4	46,8	55,1

Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen 1) nicht im Gesamtindex

Konjunkturpolitische Ansatzpunkte

Die erste Stufe der Steuerreform stellt ab 2004 Bruttojahreseinkommen bis zu 14.500 Euro steuerfrei. Außerdem werden die Lohnnebenkosten für ältere Beschäftigte gesenkt. Die unmittelbare Konjunkturwirksamkeit der Lohnsteuersenkung wird durch anhaltende Konsolidierungsbemühungen und Gegenfinanzierung durch Anhebung anderer Abgaben und Beiträge eingeschränkt.

Die ebenfalls vorgesehene Einkommensteuerbegünstigung einbehaltener Gewinne verbessert die Selbstfinanzierungskraft der Personen- und Einzelunternehmen. Die Fähigkeit und Bereitschaft zu riskanten Investition wird gestärkt, wenn auch die Nutzung für Investitionen nicht vorgeschrieben ist. Zudem schafft eine erhöhte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen bessere Voraussetzungen zur Beschaffung von Fremdkapital. Unternehmen mit höheren Gewinnen bzw. höherer Quote der Gewinnthesaurierung werden tendenziell stärker begünstigt.

Die zweite Stufe der Steuerreform, die 2005 in Kraft treten soll, wird primär Einkommen- und Unternehmensteuersenkungen umfassen. Die Steuerreform sollte primär Strukturänderungen im Steuersystem bringen und das Wirtschaftswachstum heben. Die zu erwartenden Konjunkturreffekte sind angesichts der zögerlichen Belebung der Wirtschaft und der Ungewissheit über Dauer und Stärke des Zyklus schwierig zu beurteilen.

So sollte die geplante Körperschaftsteuersenkung auch für Strukturreformen im Körperschaftsteuersystem genutzt werden. Der im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten nicht mehr niedrige und im Vergleich mit einigen Beitrittsländern hohe Körperschaftsteuersatz vermittelt negative Signale bezüglich der steuerlichen Rahmenbedingungen in Österreich. Dies spricht für eine Senkung des Körperschaftsteuertarifs. Zur effektiven Steuerbelastung liegen unterschiedliche Berechnungen vor, die noch vertieft und ergänzt werden müssen. Da Österreich bezüglich der Effektivbelastung im internationalen Vergleich besser positioniert sein dürfte als bezüglich des Tarifsatzes, sind Möglichkeiten zu prüfen, die geplante Körperschaftsteuersenkung durch Streichung von Ausnahmen („tax cut cum base broadening“) zu ergänzen.

Die Effizienz und Effektivität von isolierten, die Konjunktur stimulierenden Maßnahmen wird durch den hohen Grad der wirtschaftlichen Verflechtung im europäischen Binnenmarkt beeinträchtigt. Der Schwerpunkt nationaler wirtschaftspolitischer Initiativen sollte daher nicht in dem Versuch liegen, die Konjunktur im Inland kurzfristig in Gang zu bringen. Vielmehr sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die längerfristige Entwicklung unterstützen und das Vertrauen von Unternehmen und Konsumenten verbessern.

Maßnahmen, die die Produktivität auf mittlere und längere Sicht steigern und die Standortwahl der Unternehmen günstig beeinflussen, sind vor allem im Bildungs- und Forschungssektor anzusiedeln. Dabei geht es insbesondere um die Steigerung der Erwerbsbeteiligung durch den Abbau von Qualifikationsmängeln und durch die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um die Nachqualifikation Älterer, um Qualitätsverbesserungen an den höheren Schulen und Universitäten und um eine Forschungsinitiative, die die bisherigen Engpässe überwindet.

Österreichs Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien sind insbesondere gemessen an den skandinavischen Ländern gering. Dieser Sektor dürfte die

Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern mittelfristig wesentlich vorantreiben. Deshalb erscheinen öffentliche Investitionen in diesen Bereich sinnvoll. Ihre Ausweitung wäre vor allem eine Aufgabe der öffentlichen Beschaffung (e-Government, Adonis-Funknetz, Computer- und Internetausstattung in öffentlichen Einrichtungen, elektronische Verkehrsbeimattung usw.).

Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Asfinag und SCHIG im Zuge der Konjunkturbelebungsprogramme von 2001 und 2002 dürfte 2002 und 2003 die größten Effekte ausgelöst haben, ohne kurzfristig den Staatshaushalt nennenswert zu belasten. Österreich sollte sich darüber hinaus um die zügige Umsetzung der laut Europäischer Kommission prioritären Verkehrsinvestitionen zum Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) bemühen. Die Verwirklichung dieser Projekte ist im österreichischen Interesse, da sie wesentliche heimische Verkehrsverbindungen erfaßt und die Investitionsbedingungen in Österreich verbessert. Wichtige kurzfristige Konjunkturimpulse können von der TEN-Initiative vor allem aufgrund ihres Signalcharakters ausgehen, langfristig hat sie positive Wachstumswirkungen.

Quelle: WIFO

Autorin: Margit Schratzenstaller

Weltneuheit: »1. Unternehmerführerschein«

Bildungsministerin Elisabeth Gehler und Wirtschaftskammer Österreich Präsident Christoph Leitl zeigten sich erfreut „über das große Interesse und Engagement der Lehrer und Schüler sich mit praktischem Wirtschaftswissen auseinanderzusetzen.“ Immerhin nehmen bereits rund 1.500 Schülerinnen und Schüler an 60 Schulen am Projekt Unternehmerführerschein teil, mit dem WKÖ und Bildungsministerium mehr Wirtschaftskennntnis vermitteln und die wirtschaftliche Kompetenz der Jugendlichen erhöhen wollen. Bildung sei ein Schlüsselfaktor für Österreich um im Standortwettbewerb weiterhin an vorderster Front mitspielen und die Chancen der Erweiterung optimal nutzen zu können, so Leitl.

Unter dem Motto „Wirtschaft geht uns alle

an“ startete im September das Modul A (für 10–14jährige), bei dem grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge in Hauptschulen und in der AHS-Unterstufe vermittelt werden. Im Februar 2004 laufen dann die Module B und C (15–19jährige) an, wo betriebs- und volkswirtschaftliche Grundlagen behandelt werden. Der Kurs zum abschließenden Modul (UP) bringt die Lernenden auf das Niveau der Unternehmerprüfung und somit zum erfolgreichen Einstiegsszenario in die Selbständigkeit.

Mit modernen Workshop-Methoden sollen durch Motivationsförderung und Vermittlung fundierter Wissensinhalte, Schwellenängste zum Unternehmensein abgebaut und die Qualifikation zur Selbständigkeit oder zu Managementpositionen aufgebaut werden. ■

LKW-Maut startet am 1. Jänner 2004

ASFINAG und EUROPPASS: Vorzeigeprojekt in Europa

Mit der Unterzeichnung der Inbetriebnahmeverordnung durch den Vizekanzler und Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, Hubert Gorbach, erfolgte das offizielle GO! zum Start der fahrleistungsabhängigen Maut für Fahrzeuge über 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht auf Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen am 1. Jänner 2004. Die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (Asfinag) präsentierte Ende November die Eckpunkte zur Betriebsaufnahme gemeinsam mit dem Mautbetreiber Europpass, dessen italienischer Muttergesellschaft Autostrade sowie den wesentlich beteiligten Firmen Raiffeisen Informatik Zentrum, Kapsch TrafficCom, Master Management und Logotech.

Die Asfinag gab gemeinsam mit den wichtigsten Partnern den Starttermin zur fahrleistungsabhängigen Maut – der ersten flächendeckenden Umsetzung im freien Verkehrsfluß in Europa – bekannt. Asfinag-Vorstandsvorsitzender Walter Hecke freut sich: „Das größte Betreiberprojekt der 2. Republik steht knapp vor der Realisierung. Das verdanken wir der guten Vorbereitung in der Ausschreibung, dem effizienten Projektmanagement und der optimalen Zusammenarbeit aller Partner.“ Zugleich warnt er vor zu großer Euphorie: „Unsere Partner haben mit uns gemeinsam alles getan, damit das Projekt am 1. Jänner startet. In den vergangenen Monaten standen wir im permanenten Kontakt mit den Nutzern des Mautsystems im In- und Ausland. Trotzdem rechnen wir mit längeren Wartezeiten an den Vertriebsstellen beim Erwerb der notwendigen Fahrzeuggeräte, der sogenannten GO-Boxen, da sich nicht alle frühzeitig mit den Boxen ausgerüstet haben.“

Die Einnahmen aus der neuen Maut für Lkw und Busse kommen, so wie die übrigen Einnahmen der Asfinag, ausschließlich dem Bau, der Erhaltung und dem Betrieb der österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen zu Gute. Hecke: „Die Erlöse brauchen wir, um langfristig die Straßenbauprojekte zu sichern, die dem Generalverkehrsplan Österreich zugrunde liegen. Damit können wir unseren Kunden ein zeitgemäßes Autobahnnetz zur Verfügung stellen.“

Vorzeigeprojekt in Europa

Die Umsetzung des Systems fand in nur 18 Monaten statt. Der Zuschlag an den Betreiber Europpass erfolgte – nach einer europaweiten Ausschreibung – im Juni 2002, im August 2002 begannen die Bauarbeiten für die Errichtung der 426 Mautportale und endeten im Juli dieses Jahres. Seit Sommer 2003 läuft auch der Vertrieb für die GO-Boxen, die für die Mauterfassung obligatorisch sind. Der Unterzeichnung der Inbetriebnahmeverordnung durch Verkehrsminister Hubert Gorbach war eine vierwöchige durchgehende Testphase vorangegangen, in dem das System nicht nur vom Auftraggeber und dem Partner Europpass, sondern auch von einem unabhängigen Gutachter geprüft wurde.



Die GO-Box

Foto: Asfinag

Vito Gamberale, Chief Executive Officer der italienischen Autostrade Spa., der 100 %-Eigentümerin des Mautbetreibers Europpass, sieht den Start am 1. Jänner als Meilenstein in Europa: „Mit dem flächendeckenden Mautsystem im freien Verkehrsfluß haben wir unsere Rolle als führender Mautbetreiber in Europa bestätigt.“ Autostrade, die seit 50 Jahren 61 Prozent des italienischen Autobahnnetzes betreibt, ist auch international sehr aktiv. Mit Projekten in den USA („Dulles Greenway“) und Großbritannien („Midland Express Midway“) konnte der Konzern schon in der Vergangenheit internationale Erfolge verbuchen. Giovanni Castellucci, Chief Operating Officer, hält fest, daß die Wertschöpfung bei diesem Großauftrag in Österreich blieb: „Die jahrzehntelange Erfahrung der Autostrade im Mautbetrieb ergänzt sich perfekt mit den state-of-the-art Leistungen und Produkten österreichischer Unternehmen.“

Der Löwenanteil der Vorbereitungen lag beim Mautbetreiber Europpass. Geschäftsführer Peter Newole: „Wir haben in den einhalb Jahren auf Hochtouren gearbeitet und stehen jetzt in den Startlöchern für den 1. Jänner 2004. Das ein oder andere Problem ist möglich und auch wahrscheinlich, da jetzt ungeübte Nutzer auf ein für sie neues System stoßen. Schließlich setzen wir erstmals in Europa ein solches System flächendeckend im freien Verkehrsfluß ein.“ Stolz ist man auf die rasche Errichtung von mehr als 400 Mautstationen in ganz Österreich und den zügigen Aufbau des Vertriebsnetzes. Einzig die zögerlichen Bestellungen der GO-Boxen, die die Fahrzeuge für die Mautabbuchungen benötigen, sind Newole ein Dorn im Auge: „Wir sind auf Wartezeiten im Jänner eingestellt, obwohl wir wirklich alles unternommen haben, um die Bestellquote der GO-Boxen im In- und Ausland in die Höhe zu treiben.“

Busse und LKW über 3,5 t hzG, die das Autobahnen- und Schnellstraßennetz in Österreich benutzen, müssen diese GO-Boxen – handliche Fahrzeuggeräte – zur Mautabbuchung an ihrer Windschutzscheibe anbringen. Die GO-Box kommuniziert mit den Mautstationen und ermöglicht so die automatische Bemautung ohne Behinderung oder Störung des Verkehrsflusses.

Viele Unternehmen am Aufbau beteiligt

An der Installation des Mautsystems waren zahlreiche Unternehmen beteiligt: Das Raiffeisen Informatikzentrum (RIZ IT) zeichnet für die Entwicklung und den Betrieb der Softwarelösungen für das Zentralsystem verantwortlich. Kapsch TrafficCom lieferte, installierte und betreibt die straßenseitige Mauttechnik: von den Mautportalen bis zur GO-Box. Logotech widmete sich der Logistik der GO-Boxen zu den Vertriebsstellen und Master Management betreibt das Call Center mit der kostenfreien Hotline. Die Firmen Forster (Stahlbau), Wibeba (Stahlbau) und STRABAG führten die Fundamentierung und Errichtung der Mautportale durch, Alpine/KEM errichtete die Daten- und Energieleitungen bei den Mautstationen. ■

Wirtschaft profitiert von Schwarzeneggers Wahl

AWO: Exporte sind in den ersten acht Monaten 2003 leicht zurückgegangen, die Tendenz zeigt aber nach oben

In den letzten zwei Jahren hat sich die US-Wirtschaft einem Sanierungsprozeß unterworfen: Überkapazitäten wurden abgebaut, Lagerbestände reduziert und die Produktivität angehoben. Im öffentlich Bereich trugen die Ausgaben für den Irakkrieg und die Bekämpfung des Terrorismus zum Wachstum des BNP um 2,4 Prozent bei, wobei heuer sogar Zuwachsraten von 3 Prozent prognostiziert werden. Im Dritten Quartal gab es einen schon lange nicht mehr erlebten Wachstumsschub des BNP von über 7 Prozent. Einen nicht unerheblichen Beitrag wird auch die heuer bevorstehende Senkung der Einkommenssteuer bilden, die sich positiv auf den Konsum und die Wachstumssteigerung auswirken wird.

„Im Produktionsbereich wird es besondere Marktchancen für österreichische Firmen geben, da US-Unternehmen zunehmend in moderne Produktionstechnologie investieren“, sagt Walter Koren, Leiter der Außenwirtschaft Österreich (AWO) der WKÖ. Als weiterer Bereich mit Chancen für Austro-Unternehmen ist der Gesundheitssektor zu erwähnen der am schnellsten wachsende Bereich der US Wirtschaft. Koren: „Die USA werden trotz aktueller Rückgänge bei den Austro-Exporten der wichtigste Überseemarkt Österreichs in den nächsten Jahren bleiben.“ In den ersten acht Monaten 2003 verzeichneten die Ausfuhren in die USA einen Rückgang von 6,7 Prozent. Die geringe Investitionsfreudigkeit der US-Unternehmen und der schwache Dollar machen sich bemerkbar. Das Investitionsvolumen österreichischer Unternehmen in der USA ist im vergangenen Jahr jedoch gestiegen (2,5 Mrd Euro). Ein Trend der anhält. Beispiele sind Investitionen der Firma ALPLA, einem Vorarlberger Unternehmen mit Sitz in Georgia, die Expansion von Plansee mit einem Zulieferwerk für die Automobilindustrie in Pennsylvania und Kalifornien. Weiters hat Andritz vor kurzem von Baker Hughes die Firma Bird Machine Industries erworben. US Firmen haben auch in Österreich mehr investiert und das Investitionsvolumen 2002 betrug 2,6 Mrd Euro. US Unternehmen

haben ihre Einkaufstour von hochspezialisierten Betrieben fortgesetzt. Etwa Kretztechnik und Jenbacher und die bevorstehende Übernahme von SSF – Steyr Sicherheitsfahrzeuge durch General Dynamics. Im Konsumgüterbereich sei die Übernahme von Römerquelle durch Coca Cola erwähnt.

Die WKÖ-Außenhandelsstelle New York setzt zur Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen auf spezialisierte Fachmessen. Etwa in Washington anlässlich der größten Biotechnologiemesse der Welt, wo auch Slowenien, Ungarn und die Slowakei am österreichischen Gruppenstand vertreten waren, oder Seminarreihen zum Thema Markteintritt in die USA und Spezialveranstaltungen zum Thema Homeland Security und Bioterrorismus. Ein Schwerpunkt der WKÖ-Außenhandelsstelle Chicago ist der Automobilsektor – etwa eine Gruppenausstellung an der wichtigsten Fachmesse der Automobilzulieferindustrie SAE 2004 in Detroit mit begleitenden Fachveranstaltungen. Weitere Messebeteiligungen Außenhandelsstelle Chicago: Pack Expo (Verpackungsmaschinen), NRA (Hotel- und Restaurantausstattung), Pittcon (Instrumente für technische Chemie) und Vinexpo geplant. Die WKÖ-Außenhandelsstelle Los Angeles berichtet, daß sich die österreichischen Exporte in den Westen der USA auf etwa 1,3 Milliar-

den Euro belaufen und der Trend nach oben zeige. Die wichtigsten österreichischen Exportprodukte in den Westen der USA sind Maschinen, Elektrik und Elektronik.

Arnold Schwarzeneggers Wahl zum Gouverneur von Kalifornien hat Österreichs Image in den USA unglaublich gefördert. Auch das Interesse österreichischer Firmen an Kalifornien ist gestiegen. Dementsprechend wurde auch das Veranstaltungsprogramm erweitert: Wirtschaftsmissionen und Messebeteiligungen für Nanotechnologie, Biotechnologie, Elektronik sowie zum Thema Freizeit- und Unterhaltungsindustrie stehen am Programm. Studienreisen werden zu den Themen Franchising, Investitionen und Technologie-Kooperationen mit Silicon Valley angeboten.

„Schwarzenegger hat Österreich auf die Landkarte gesetzt“, sagt AWO-Chef Koren: „Arnie killed the Kangaroo“, spielt Koren auf die Verwechslung Österreichs mit Australien in den USA an. Schwarzenegger werde zwar keine österreichischen Produkte verkaufen, aber die Meinung geht in die Richtung, daß es in einem Land, das einen Schwarzenegger hervorgebracht hat, vor tüchtigen Leuten nur so wimmeln müsse. Koren: „Und davon profitieren österreichische Unternehmen schon jetzt. Wir bekommen immer mehr Anfragen.“ ■

Niki Lauda fliegt wieder!

Der erste Airbus A320 der neuen Fluggesellschaft von Niki Lauda startete bereits am 28. November von Wien in Richtung Teneriffa. Tägliche Flüge mit dem exklusiven Veranstalterpartner Neckermann Reisen Österreich in Richtung Kanaren, Balearen, Portugal und spanisches Festland sind vorgesehen. Ein zweiter Airbus A320 wird ex Salzburg eingesetzt. Auch von Deutschland aus wird gestartet. Einmal in der Woche erreichen Urlauber von Friedrichshafen aus Gran Canaria mit dem Zielflughafen Las Palmas.

Der weitere Ausbau des Flugprogramms kann jederzeit online abgerufen werden.

NL begrüßt ihre Gäste an Bord mit verschiedenen Service-Highlights. Das Catering kommt aus von „Do&Co“. Das Bordunterhaltungsprogramm zeigt auf allen Hin- und Rückflügen jeweils einen Kinofilm. Service beginnt bei Niki Lauda schon vor dem Abflug: Sitzplätze können kostenlos über das Service Center reserviert werden. Das Freigeäck inkl. Handgeäck hat die NL auf 25 kg erhöht. ■

<http://www.flyniki.com>

Gemischter Satz

Multikulti auf den Kochplatten. Tiroler Knödel ziehen neben einem kurdischen Keska, Erbsen in Curry dünsten in Nachbarschaft einer tschechischen Krautsuppe.

Von Mella Waldstein.

Es wird eng auf dem Herd des Gemeindezentrums, wenn in St. Andrä-Wördern (NÖ) grenzenlos gekocht wird.

Die letzte Volkszählung brachte ein buntes Ergebnis: über 50 Nationalitäten leben in der Gemeinde. Afghanen und Dänen, Kolumbianer und Rumänen, Somalis und Kanadier, Araber und Philippino.

Alper Cek, Alireza Göktas, Nadia und Franz Meister und Barbara Schneider-Resl hatten die Idee, kulinarische Kontakte zu knüpfen. Neugierig auf den Nachbarn zu machen. Und Essen ist die eine gute Unterlage dafür. Mit Freunden und mit der Unterstützung der Gemeinde organisierte die Gruppe monatlich ein gemeinschaftliches Kochen. Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden angeschrieben und eingeladen. Inder, Ungarn, Tunesier, Tiroler, Türken, Kurden und alteingesessene St. Andräer folgten der Idee und kamen mit vollen Körben und Kochtöpfen, Gewürzen und Geheimnissen aus ihrer nationalen Küche.

In der zu einem Gemeindezentrum umgebauten alten Volksschule Greifenstein springen Kinder durch die Gänge und im Saal werden weiße Tischtücher aufgelegt. Als Aperitif macht ein Becherovka die Runde. Babys werden gestillt. Aus der Küche wallen Dunst und Düfte. Hier ist's eng. Es wird gestritten. Aber nur um die Herdplatten. Es wird geweiht. Aber nur beim Zwiebel-schneiden. Vor allem läuft der Schmach. Die Küche ist ein Kommunikationszentrum, international. AliReza hat soeben einen Gemüseintopf in eine Anrichteschüssel geschöpft. Er sinniert dabei über nationale Unterschiede und globale Gemeinsamkeiten. Gemüseintopf ist ein Beispiel dafür. Für einen Waldviertler Mohnstrudel ist in der Küche beim besten Willen kein Platz mehr. Er wird am Gang zubereitet. Während Dr. Amrit Bhatia Curry abschmeckt, erzählt seine Frau den Häferlguckern von indischen Süßigkeiten, die mit Silberstaub dekoriert und Speisen, die in goldenen Töpfen gekocht werden.

Im Saal beginnen sich mittlerweile die Tische zu biegen. Bald hört man auf, Länderweise getrennt zu essen. Gemischter Satz

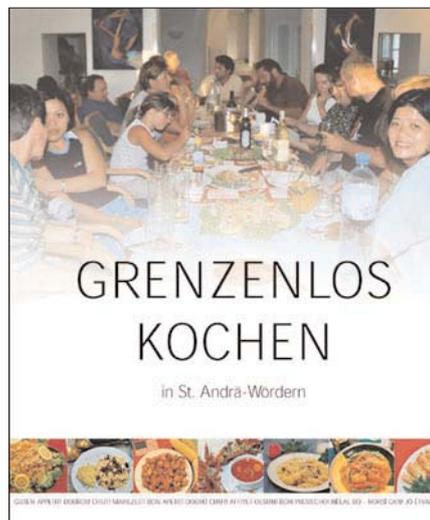


Foto: Nadja Meister

auf allen Tellern. Die Tiroler Knödel mit dem Matar Curry schmecken vorzüglich. Und der Waldviertler Mohnstrudel findet am Schluß auch noch Platz im Bauch.

Afghanistan, Albanien, Argentinien, Äthiopien: Was für unbekannte Düfte müssen aus Kochtöpfen von Einfamilienhäusern und Genossenschaftswohnungen, Zinskasernen und Villenetagen dringen. Die bereichernde Vielfalt aus den privaten Küchen herauszuholen war den Initiatoren ein Anliegen. Dieses Kochbuch ist das gelungene Ergebnis.

Guten Appetit - Prijatno! ■



Einer der Initiatoren

Ich weiß zwar nicht mehr wo genau ich nachfolgendes Zitat gelesen habe, aber es könnte als Motto für die bisherige Aktion „Grenzenlos Kochen“ sehr gut dienlich sein: „Der Weg zu den Herzen der Menschen führt durch den Magen.“ Und so war es den Initiatoren der Aktion, zu denen ich mich in aller Bescheidenheit dazuzählen darf, das Anliegen einen Rahmen anzubieten, in dem die Begegnung von MitbürgerInnen gleich welcher Herkunft nicht nur ein kulinarisches Erlebnis wird. Die schönste Geschichte, die sich für mich mit dem Projekt verbindet, war die Aussage eines Teilnehmers nach einem der Kochtermine: „Ich lebe nun schon mehr als acht Jahre hier in St. Andrä-Wördern. An diesem Abend hatte ich das erste Mal das Gefühl, hier auch zu Hause zu sein.“

Franz Meister

96 Seiten, 4färbig mit vielen Fotos, gebunden. 45 Rezepte (Vorspeisen, Suppen, Hauptspeisen, Süßes) aus aller Welt. Fotos: Nadja Meister; Euro 12,50 (exkl. Versand). Bestellungen an: Barbara Schneider-Resl, Hauptstraße 28, A-3422 Hadersfeld, Tel./Fax: ++43 / (0)2242 / 5308, E-Mail: mama.resl@netway.at

Herbstzeiten

Die Schüler & Schülerinnen der Höheren Lehranstalt für Tourismus (HLT) in Neusiedl am See zelebrierten in Zusammenarbeit mit den Winzern des Vereins Renommierte Weingüter Burgenland (RWB) ein Erntedankfest auf höchstem Niveau.

Seit 1997 unterstützen die Jungsommeliers der HLT Neusiedl am See die Top-Weingüter des Burgenlands (RWB) bei deren Jahrespräsentation im Schloß Esterházy in Eisenstadt und zeigen dabei ihren hohen Ausbildungsstand in den Bereichen Weinservice und Eventorganisation.

Ende November luden die Lehrer und SchülerInnen die Winzerfamilien und ihre Gäste zu einem herbstlichen Degustationsmenü ein, begleitet von 15 Weinen der RWB. Das neugängige, regionale Menü wurde im fachpraktischen Unterricht erstellt, die Dekoration dazu wurde im Betriebspraktikum entworfen, die Serviceabläufe im Restaurant waren perfekt einstudiert.

Die Präsentation und Moderation des Menüs erfolgte in den Sprachen Deutsch, Englisch und Italienisch und wurde von den SchülerInnen durchgeführt. Die Weine der RWB wurden von Fachvorstand Sepp Sailer vorgestellt. Perfekter Service und die Harmonie der einzelnen Menügänge mit den Weinen der Winzer der Renommierten Weingüter Burgenland machten diesen Abend zu einem kulinarischen Erlebnis der besonderen Art.

Bei der Laudatio durch den Vizpräsidenten der RWB, Hans Feiler, und den Geschäftsführer der RWB, Hofrat Prof. Hellmut Velich, wurde das hohe Niveau der Ausbildung an der HLT in Neusiedl am See, die tolle Organisation und das hervorragende Menü in Harmonie mit den Weinen der RWB hervorgehoben.

Für die SchülerInnen war die Durchführung des herbstlichen Abendmenüs eine gerne angenommene Herausforderung und wurde profimäßig umgesetzt.

Der Verein Renommierte Weingüter Burgenlands ist ein Zusammenschluß von fünfzehn burgenländischen Top-Winzern, die sich ganz dem qualitätsorientierten Weinbau verschrieben haben.

Durch gemeinsame Zielsetzungen, Zusammenarbeit und gemeinsames Auftreten bilden die RWB neben einer Interessensgemeinschaft auch eine Qualitätsgemeinschaft, die ihre hochwertigen Produkte gemeinsam vermarktet. ■

<http://www.rwb.at>



Foto: Christian Teske

Reininghaus Jahrgangspils 2003

Im Antrunk schlank und elegant, legt sich das Pils aufgrund der feinen Kohlensäure prickelnd über den Gaumen und spielt erst dann seine ganze Stärke aus. Dicht strukturiert, mit viel Körper und intensiver Würze, wirkt es belebend und appetitanregend.

Im Hintergrund zieht sich die feine Bittere durch und hält auch nach dem letzten Schluck noch anregend lange an. So lauten die ersten Verkostungsnotizen des erstmalig eingebrauten Reininghaus Jahrgangspils – kreiert aus heimischer Gerste und dem aktuellen Hopfenjahrgang 2003 aus Leutschach in der Südsteiermark.

Ab sofort ist der neue Jahrgang des noblen Pils in ganz Österreich verfügbar. Natürlich nicht im Lebensmittelhandel, sondern ausschließlich in der gehobenen Gastronomie, wo sich das Bier, mittlerweile im dritten Jahr, bestens etabliert hat. Serviert wird es z. B. im Mörwald im Ambassador (Wien), Walter Bauer (Wien), Brunners (Wien), Zum Schwarzen Kameel (Wien), Landhaus Bacher (Mautern, Nö), Hanner (Mayerling, NÖ), Gasthaus „Zur alten Schule“ (Riedenthal, NÖ), Auerhahn (Sbg), Fink (Riegersburg, Stmk).

Der Austrieb begann erst spät im Jahr, Hitze und Trockenheit prägten den Sommer

bis schließlich Anfang August die ersehnte Niederschlag einsetzte. „Die Vegetation spielte heuer ziemlich verrückt. Nichts war vorhersehbar, außer die Vermutung, daß wir heuer aufgrund der hohen Anzahl von Sonnenstunden einen besonders aromaintensiven Hopfen ernten werden“, erklärt Hopfenbauer Gerald Pronegg.

Die Hopfenbauern haben recht behalten. Andreas Werner, verantwortlicher Braumei-



ster bestätigt: „Der Hopfenjahrgang 2003 ist von einer extremen Würzigkeit geprägt. Durch die späte Beigabe des Hopfens zur Bierwürze achten wir darauf, daß die jahrgangstypische Ausprägung erhalten bleibt.“ ■

»City Airport Train«

Mit 14. Dezember nimmt die neue Zugverbindung zwischen der Wiener Innenstadt und dem Flughafen Schwechat auf

Fly the train: Der City Airport Train (CAT) nimmt am 14. Dezember seinen Betrieb zwischen City Air Terminal (Bahnhof Wien-Mitte) und Flughafen Wien auf. Mit nur 16 Minuten Fahrzeit ist der CAT das mit Abstand schnellste Verkehrsmittel auf dieser Strecke. Der CAT verkehrt im Halbstundentakt – täglich zwischen 05:37 und 23:36. Schnell, bequem und zentrumsnah: Wiens neuer „Express Train Service from Airport to City Center“

Gepäck-Check-In schon in Wien-Mitte

Flugpassagiere können ihr Gepäck in der neu errichteten Abfertigungshalle am Bahnhof Wien-Mitte einchecken und ihre Bordkarte lösen. Dieser City-Check-In für CAT-Reisende ist bereits 24 Stunden vor Abflug möglich. Der Flughafen kommt in die Stadt. Und bietet den Passagieren die Dienstleistungen eines normalen Flughafens: vier mit Counterkräften besetzte Check-In Counter, vier Self-Check-In Automaten für Handgepäck, vier Self-Check-In Automaten für Reisegepäck, ein Zollschalter mit der Möglichkeit der Mehrwertsteuerrückvergütung und ein Servicecenter mit Ticketverkauf ste-



In 15 Minuten von Wien Mitte am Flughafen Schwechat: »City Airport Train CAT« nimmt am 14. Dezember 2003 seinen Betrieb auf

Foto: CAT

hen zur Verfügung. Sowohl am Flughafen als auch am City-Check-In befinden sich CAT-Fahrkartensysteme. Das aufgegebenen Gepäck wird gemäß den international gültigen Sicherheitsbestimmungen der Luftfahrt in eigens dafür konstruierten Containern in einem separaten, nicht zugänglichen Zugabteil transportiert und bei der Ankunft in das Gepäckfördersystem des Flughafens Wien eingespeist. Der Passagier beginnt seine Reise bereits am „Flughafen Wien-Mitte“.

Ein Single-Ticket kostet für Erwachsene 8,-, für Kinder 5,-, tour/retour 15,- bzw. 8,- Euro und kann an den Fahrkartensystemen oder über Internet gekauft werden. ■



Perfekter Service an Bord

Das Jet-Ambiente der klimatisierten CAT-Doppelstockwaggons und die „First Class“-Sitze garantieren eine entspannte Reise mit dem CAT. Besonders breite Gänge und gut einsehbare Gepäckabstellmöglichkeiten erlauben die bequeme Unterbringung des mitgeführten Handgepäckes. CAT-Train-Attendants kümmern sich um das Wohl der Passagiere an Bord. Zusätzliches Angebot: Infobildschirme im Zug bieten den Passagieren Informationen über Wien (Fahrtrichtung Wien) beziehungsweise Fluginformationen (Fahrtrichtung Flughafen).



Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Österreich-Konvent

Am 21. November fand ein Hearing im Österreich-Konvent mit dem Themenbereich „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ statt. Der Beschluß des Präsidiums, die in Österreich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften anzuhören, zeuge von dem Bewußtsein, daß ein Zusammenleben aller Bürger in Freiheit, gegenseitiger Achtung und Toleranz die Sinnfindung und Orientierung an einer transzendenten Ordnung miteinschließe, meinte **Walter Hessler** (*Neuapostolische Kirche*). Sodann nannte er jene Punkte, die für die Neuapostolische Kirche von Bedeutung sind. Das höchste Gebot der Christen sei, Gott von ganzem Herzen zu lieben und den Nächsten wie sich selbst. Die Sinnorientierung hin auf Gott sei ein Quell für eine gedeihliche Entwicklung in diesem Land, war Hessler überzeugt, deshalb solle dieser Bezug auch in die Verfassung aufgenommen werden. Weiters sollte auch das Recht auf ein würdiges Leben für alle Menschen, das Recht auf ein menschenwürdiges Sterben, der Schutz vor Experimenten am Menschen (Stichwort: reproduktives Klonen), der Schutz vor einer Zerstörung des Menschen sowie der Schutz der Natur verankert werden.

Christoph Schönborn (*Katholische Kirche*) dankte zunächst dem Konvent, daß man den Kirchen die Möglichkeit eröffnet hat, durch eine Präsentation ihrer Beiträge an der Verfassungsdiskussion mitzuwirken und dadurch eine ständige dialogische Begleitung des Vorhabens ermöglicht. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen zu den Grundrechten stellte der Erzbischof den Schutz der Menschenwürde, er müßte als allgemeiner Wertungsgrundsatz der Rechtsordnung gelten, betonte Schönborn und erinnerte daran, daß es derzeit noch keine Norm gibt, die ausdrücklich den Schutz der Menschenwürde garantiert.

Schönborn empfahl deshalb die Aufnahme eines entsprechenden Grundrechts, etwa nach dem Muster: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, zu achten und zu schützen.“ Dies würde, wie er erklärte, auch Schutzpflichten im Bereich der Medizinethik oder der Biotechnik bringen.

Peter Karner (*Evangelische Kirche H.B.*) trat wie Schönborn für die Verankerung eines umfassenden Grundrechtskatalogs ein und

wünschte zusätzlich zum Schutz der Menschenwürde noch weitere Grundrechte: Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit, Sicherung und Förderung der Grundfreiheiten und Menschenrechte einschließlich der sozialen Grundrechte und der Gleichbehandlungsrechte sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Kirchen halten insbesondere die Verankerung sozialer Grundrechte für unverzichtbar, betonte er. Kritisch merkte Karner an, daß Österreich hinsichtlich der Rechte des Kindes säumig sei.

Robert Freihs (*Alt-katholische Kirche*) drängte auf eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen den Gebietskörperschaften im Geiste des Föderalismus und des neuen europäischen Regionalismus und sprach sich insbesondere für eine Neugestaltung der Finanzverfassung und des Finanzausgleiches aus. Die Kirchen würden in der Verfassungsdiskussion das Prinzip der Subsidiarität vertreten, stellte Freihs klar.

Michael Staikos (*Griechisch-Orientalische Kirche*) sah den Staat gefordert, eine Friedensordnung sicherzustellen, Verantwortung in der Schöpfung zu garantieren, Vorsorge für innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten und Nachhaltigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung sowie Wohlstand zu ermöglichen. Wichtig war für Staikos auch die Anerkennung und Förderung der religiösen, kulturellen, sprachlichen und ethnischen Vielfalt, was für ihn mehr als Duldung und Toleranz bedeutete. Für die Kirchen sei der Schutz der Minderheiten über das bloße Staatsziel hinaus unverzichtbarer Baustein des Verfassungsrechts, betonte er. Was den Schutz des kulturellen Erbes betrifft, kam Staikos auf die Sonntagsruhe zu sprechen, die seiner Meinung nach absolut zu wahren sei.

Lothar Pöll (*Methodistenkirche*) drängte darauf, Bildung und Weiterbildung als Staatsziel zu verankern, und zwar unabhängig von ökonomischer Nützlichkeit. Er ging dabei von einer ganzheitlich konzipierten Bildung aus, die zu möglichst umfassender Entfaltung des Menschseins im Sinne der Befähigung zu verantwortlicher Selbstbestimmung beiträgt. Ein weiteres Anliegen Pölls war die verfassungsrechtliche Garantie der Führung von Privatschulen und deren Förderung durch den Staat.

Emanuel Aydin trat als Sprecher für die *Armenisch-Apostolische Kirche* und die *Syrisch-Orthodoxe Kirche* für die Verankerung einer umfassenden Religionsfreiheit ein, die auch das Recht auf den Wechsel des Religionsbekenntnisses und die Befreiung vom Wehrdienst aus religiösen Gründen miteinschließt.

Anba Gabriel (*Koptisch-Orthodoxe Kirche*) verlangte gleiche Rechtspositionen für alle Kirchen und Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Dadurch sollen die Kirchen vor allem in die Lage versetzt werden, vertragliche Regelungen mit dem Staat einzugehen und Beiträge von ihren Mitgliedern einheben zu können.

Herwig Sturm (*Evangelische Kirche A.B.*) trat für einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog zwischen dem Staat und den Kirchen ein nach dem Prinzip „freie Kirche in einem freien Staat“. Zur Diskussion um eine Präambel meinte er, das christliche Erbe schließe andere Quellen nicht aus. Der kirchliche Beitrag bedürfe aber der Pflege und Anerkennung, weil der Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht schaffen kann, sagte Sturm.

Carla Amina Baghajati (*Islamische Glaubensgemeinschaft*) bezeichnete die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Islam in Österreich als außerordentlich integrationsfreundlich und begrüßte insbesondere das Prinzip der inneren Autonomie, das sie auch in einer neuen Verfassung verwirklicht sehen wollte. Sie plädierte für einen Dialog auf Basis der Gleichwertigkeit und meinte, der Islam sollte nicht nur rechtlich anerkannt, sondern auch gesellschaftlich akzeptiert werden. Außer Streit stand dabei für die Rednerin die Vereinbarkeit des muslimischen Glaubens mit den Werten von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Was eine Präambel betrifft, bemerkte sie, die Verfassung sollte nicht nur das religiöse Bekenntnis der Mehrheitsbevölkerung reflektieren. Sie erinnerte zudem in diesem Zusammenhang an den Beitrag des Islam zur europäischen Kultur und Wissenschaft.

Thomas Schürf (*Israelitische Kultusgemeinde*) unterstrich, die Religionsfreiheit dürfe in einer neuen Verfassung keinerlei Ab-

bruch erfahren. Er trat insbesondere dafür ein, der korporativen Komponente Rechnung zu tragen und dabei nicht auf Größenschranken abzustellen. Kritisch merkte Schärf an, daß nach der derzeitigen Gesetzeslage Juden an ihren höchsten Feiertagen kein Recht auf Arbeitsruhe haben. Als unerlässlich bezeichnete es Schärf überdies, das Verbot neonazistischer Betätigung und damit korrelierender Strafbestimmungen auch weiterhin fortzuschreiben.

Peter Riedel (*Buddhistische Religionsgemeinschaft*) hielt eine Verfassungspräambel für entbehrlich und ersuchte den Konvent, den Begriff Gott nicht in der Verfassung zu verankern. Dies würde bloß die Gefahr von neuen Mißverständnissen, Auseinandersetzungen und Konflikten über den Gottesbegriff mit sich bringen, warnte Riedel.

Max Nemec (*Kirche Jesu Christi*) bekannte sich zur vollständigen Glaubensfreiheit und zur Berücksichtigung aller Religionsgemeinschaften. Besondere Anliegen des Redners waren die Wahrung des arbeitsfreien Sonntags und die Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung. Seiner Meinung nach sollten sämtliche Maßnahmen gefördert werden, die die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft bewahren und stärken.

Der Konvent

Am 30. Juni 2003 hat der Österreich-Konvent mit seiner ersten, konstituierenden Sitzung im Parlament in Wien seine Arbeit aufgenommen. Der Österreich-Konvent wurde am 2. Mai 2003 durch ein Gründungskomitee eingerichtet, das die Aufgaben und die Zusammensetzung des Konvents festgelegt hat.

Der Konvent hat die Aufgabe, Vorschläge für eine Staats- und Verfassungsreform auszuarbeiten. Der Österreich-Konvent wird daher in der Öffentlichkeit auch zutreffend als Verfassungskonvent bezeichnet. Die zukünftige Verfassung soll eine kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung der Staatsaufgaben ermöglichen.

Um die Bevölkerung über den Österreich-Konvent ausreichend informieren zu können, haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion, des Büros des Konvents und des Rechnungshofes eine eigene Website eingerichtet, die dem Konvent folgen wird. Diese Webseite bietet eine Fülle an verschiedenen Materialien wie die Zusammenfassungen aus der Parlamentskorrespondenz und Tonbandabschriften. ■

<http://www.konvent.gv.at>

Breites Echo auf Sozialwort des Ökumenischen Rates

Bundespräsident Thomas Klestil hat den christlichen Kirchen in Österreich für ihr „unverzichtbares soziales Engagement“ gedankt. Das im November vorgestellte „Sozialwort des Ökumenischen Rates“ hat in der Zwischenzeit zu etlichen – durchaus unterschiedlichen – Stellungnahmen geführt: Während hochrangige ÖGB-Vertreter die Kernaussagen des Textes begrüßten, waren aus der Wirtschaft auch kritische Stimmen zu hören.

Als „kräftige Unterstützung“ sieht ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch die von 14 österreichischen Kirchen erhobene Forderung, daß der Sozialstaat in der Verfassung verankert werden soll. Der Sozialstaat müsse weiterentwickelt werden – und zwar nach den Grundsätzen der Solidarität, der Würde und der sozialen Gerechtigkeit, so Verzetnitsch.

Die einseitige Darstellung der Wirtschaft hat dagegen der Generalsekretär der Industrielvereinigung (IV), Lorenz Fritz, in der jüngsten Ausgabe des TV-Religionsmagazins „Orientierung“ kritisiert: Das Sozialwort stehe im Kontext einer auch vom ÖGB vertretenen Sichtweise, derzufolge die Wirtschaft nur als neoliberal eingestuft und nur Initiativen außerhalb der Wirtschaft als sozial gelten würden. Fritz führte dies auf das Bemühen der Sozialwort-Verfasser zurück, die Schwächsten in der Gesellschaft zu vertreten. Dabei werde jedoch übersehen, daß sich für den Durchschnitts-Österreicher die Welt „nie schwarz-weiß“ darstelle, so der IV-Vertreter.

»Audit Familie und Beruf« für die Diözese Linz

Dem Pastoralamt der Diözese Linz – der Servicestelle für die Pfarren und viele weitere kirchliche Aufgabenbereiche – wird nun amtlich bescheinigt ein familienfreundlicher Betrieb zu sein und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut umzusetzen. Das Pastoralamt Linz erhielt vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in Wien das Grundzertifikat des „Audit Familie und Beruf“.

Das Audit ist ein europaweit anerkanntes Gütesiegel. In Österreich ist das Pastoralamt Linz der erste kirchliche Betrieb von derzeit etwa 70, der sich dem Audit unterzogen und so viele der erreichbaren Punkte erreicht hat. ■

Anders ÖGB-Vizepräsidentin Renate Csörgits in derselben ORF-Sendung: Die Kirchen würden gemeinsam mit Interessensvertretungen und NGOs dafür sorgen, daß in Politik und Gesellschaft nicht nur wirtschaftliche Interessen aufgegriffen werden, sondern daß das Menschliche und Soziale nicht zu kurz komme.

Auch die Anti-Globalisierungsaktion „Attac“ begrüßte das Sozialwort. Christian Felber von Attac Österreich erklärte, mit dem vorgelegten Text werde dem „Neoliberalismus eine klare Absage erteilt“.

Überrascht zeigte sich Diakonie-Direktor Michael Chalupka über die ÖGB-Interpretation, das Sozialwort fordere die Verankerung des Sozialstaats in der österreichischen Verfassung: „Das steht nirgends drinnen“. Doch der Sozialstaat habe Stärken, die optimiert und Schwächen, die ausgemerzt gehörten. Verärgert kritisierte Chalupka in einem „Standard“-Interview „recherchefreie“ Leitartikel, die in zwei Tageszeitungen erschienen waren. Der Diakonie-Chef zweifelte daran, daß deren Verfasser die Publikation, an der 14 Kirchen vier Jahre lang arbeiteten, richtig gelesen haben. „Es gibt ein Vorurteil, daß Kirchen mit der Marktwirtschaft nichts anfangen können, dabei wird sie im Sozialwort vorausgesetzt. Allerdings sind wir der Meinung, daß alle Anteil am Reichtum haben sollten.“ Dahinter Kommunismus zu vermuten, wäre eine Fragestellung aus den 80ern. ■

Mehr Religionsunterricht an Kärntens Berufsschulen

Der Kärntner römisch-katholische Diözesanbischof Alois Schwarz und der evangelische Superintendent Manfred Sauer sind mit ihrem Anliegen, auch an den Kärntner Berufsschulen den Religionsunterricht als Freigegegenstand zu etablieren, auf breite Zustimmung gestoßen. Landeshauptmann Jörg Haider, die Kärntner Sozialpartner, der Landeschulrat und die Spitzen der beiden Kirchen unterzeichneten eine diesbezügliche Erklärung. Kärnten ist das einzige Bundesland, in dem es keinen Religionsunterricht an allen Berufsschulen gibt. Vorerst gibt es das Angebot des freiwilligen Religionsunterrichtes an drei Berufsschulen. ■

Bundeskanzler Schüssel ehrt Tischtennisweltmeister Schlager und Silbermedaillengewinner Ruep

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel überreichte am Mittwoch (26. 11.) im Bundeskanzleramt dem Tischtennisweltmeister Werner Schlager das Goldene Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich. Mit dem Silbernen Ehrenzeichen wurde der Silbermedaillengewinner bei den Weltmeisterschaften im Behindertensport/Tischtennis Hans Ruep ausgezeichnet.

„Hans Ruep hätte allein durch die Bewältigung seines Unfalls eine Lebensgoldmedaille verdient“, so Schüssel und wies auf die „enormen Erfolge“ Rueps bei den Tischtennisbewerben in Taipeh und Zagreb hin. „Dieser Schlager ist ein Hit. Werner Schlager ist der bekannteste nicht chinesische Tischtennispieler im asiatischen Raum. Schlager wurde als erster Sommersportler nach Toni



Im Bild (L-R) Liese Prokop (NÖ-Sportlandesrätin), BK Schüssel, Hans Ruep (Silbernes Ehrenzeichen für Silbermedaille Tischtennisweltmeisterschaft für Behinderte), Werner Schlager (Goldenes Ehrenzeichen für Weltmeistertitel im Tischtennis), Sportstaatssekretär Karl Schweitzer. Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Im Rahmen der Ehrung traten die beiden Sportler bei einem Tischtennismatch gegeneinander an. Anwesend bei der Verleihung waren unter anderem die niederösterreichische Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, der Präsident des österreichischen Olympischen Komitees Leo Wallner, der Präsident des österreichischen Tischtennisverbandes Gottfried Forsthuber und der Präsident des Behindertensportvereins Robert Bauer. „Tischtennis ist ein Sport, der weltweit am häufigsten ausgeübt wird. Deshalb ist es eine besondere Leistung, in dieser Sportart eine internationale Medaille zu gewinnen“, betonte der Bundeskanzler. Sportstaatssekretär Karl Schweitzer bezeichnete die beiden Sportler als „Ausnahmesportler“. Der Bundeskanzler würdigte die Leistungen der beiden Sportler in seiner Laudatio.

Polster zum Sportler des Jahres 2003 gewählt. Er gilt als Angriffsspieler und holt überall das Beste heraus“, betonte der Bundeskanzler und dankte Werner Schlager für dessen Treue, trotz zahlreicher Auslandsangebote seinen Sport weiterhin in und für Österreich auszuüben.

Der 1972 geborene Werner Schlager hat bereits zahlreiche internationale Erfolge erzielt: Herreneinzel: WM-Bronzemedaille 1999, EM-Bronzemedaille 2002, Weltmeister 2003, Mixed-Doppel: Europameister 2003, EM-Bronze 2002, Herrendoppel: EM-Bronze 1998, 2002, 2003, Herrenmannschaft: EM-Bronze 2002.

Hans Ruep wurde 1960 geboren und ist Silbermedaillengewinner bei den Weltmeisterschaften im Behindertensport/Tischtennis 2002. ■

Österreichs Schikaiser Franz Klammer geehrt

Im Rahmen der dreitägigen Franz-Klammer-Party zu Ehren des 50. Geburtstages der Kärntner Schillegende in Bad Kleinkirchheim wurde Kärntens Schiidol auch eine besondere Ehrung seitens des Landes Kärnten zuteil. Im Rahmen einer festlichen Gala, vor mehr als 500 geladenen Gästen, überreichte Landeshauptmann Jörg Haider dem Olympiasieger von Innsbruck 1976 den Kärntner Landesorden in Gold. Für Klammer war es der zweite Kärntner Landesorden. 1982 wurde Klammer der Kärntner Landesorden in Silber verliehen.

Neben seiner großartigen sportlichen Laufbahn, der Höhepunkt war 1976 der Gewinn der Goldmedaille im Abfahrtslauf bei den Olympischen Spielen in Innsbruck, engagierte sich der Mooswalder nach seiner sportlichen Karriere intensiv in der olympischen Bewegung. 1998 gründete er die Franz Klammer Foundation. Diese Stiftung unterstützt in Not geratene Sportler aktiv. Klammer ist zudem einer der wenigen Österreicher, der Mitglied des World Sports Award in Monte Carlo ist.

Bei der feierlichen Übergabe des Landesorden bzw. an dem Gala-Abend nahmen seitens des Landes LHStv. Karl Pfeifenberger und LHStv. Peter Ambrozy bzw. die Landesräte Georg Wurmitzer, Gerhard Dörfler und Reinhart Rohr teil.

Die symbolische Eröffnung der Franz-Klammer-Abfahrt nach dem Legendenrennen nahmen mit Franz Klammer gemeinsam LH Haider, LHStv. Pfeifenberger, LSVK-Präsident Klaus Pekarek und Kleinkirchheims Bürgermeister Mathias Krenn vor. LH Haider sagte dabei, daß zukünftige Weltcuprennen in Bad Kleinkirchheim für das Sportland Kärnten wichtig und eine unbezahlbare Werbung seien. ■

Viermal von der Erde zum Mond und retour

Josef Fleischhacker ging als dienstältester Politiker-Chauffeur Österreichs in Pension. In 37 Jahren hat er rund 3,2 Mio. Dienstkilometer, viermal die Entfernung von der Erde zum Mond und retour, praktisch unfallfrei zurückgelegt. „Diesen Job schaffst du nur, wenn du wirklich immer 100 Prozent gibst. Denn du bist Privatsekretär, Vertrauensperson und Chauffeur in einem“, stellt Josef Fleischhacker klar, daß seine Arbeit kein Honiglecken war. ■

Leben in zwei Welten

Lebenssituation der Ausländerkinder der zweiten Generation in Österreich

Die Integration von Jugendlichen ausländischer Herkunft, die in Österreich aufwachsen, ist Thema einer aktuellen Studie des Instituts für Soziologie an der Universität Wien. Ein wichtiger Aspekt ist das Spannungsfeld zwischen den Kulturen des Elternhauses und Österreichs. Mit der Förderung dieser Studie belegt der Wissenschaftsfonds FWF einmal mehr sein Engagement für die Sozialwissenschaften.

Ausländische Jugendliche der zweiten Generation sind in Österreich geboren oder aufgewachsen. Obwohl sie einen signifikanten Teil der Bevölkerung darstellen, weiß man noch wenig über ihre Lebensumstände und Gefühle. Diese sind aber schon allein aus sozialpolitischen Überlegungen heraus wichtig. Denn bei Minuswachstum und Überalterung der einheimischen Bevölkerung kann die erfolgreiche Integration ausländischer MitbürgerInnen einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften und Sozialbeiträgern darstellen. Nun füllt Prof. Dr. Hilde Weiss, Soziologin der Universität Wien, diese Wissenslücke.

„Immigration und Xenophobia sind in Österreich gut untersucht. Da erscheint es paradox, daß es kaum gesicherte Erkenntnisse über die Lebensumstände jener AusländerInnen gibt, die in Österreich aufwachsen“, erläutert Weiss den Ausgangspunkt der Studie. Ausbildung, Beruf und Freundschaften spielen eine ebenso wichtige Rolle im Leben dieser Personen wie der objektive und subjektiv empfundene soziale und wirtschaftliche Status.

Wandern zwischen den Welten

Besonders stark wird die Entwicklung der Jugendlichen durch das Aufwachsen im

Spannungsfeld zweier Welten beeinflusst. Dabei prägt die kulturelle Bindung der Eltern an das Herkunftsland ihre private Welt. Außerhalb der Familie, in der Schule, während der Berufsausbildung und bei der Freizeitgestaltung müssen sie sich aber mit einer Welt arrangieren, in der die Kultur Österreichs im Vordergrund steht. Weiss: „Beide Wertesysteme üben einen Druck aus, sich anzupassen. Anpassung an die eine Seite führt aber unweigerlich zu mehr Entfremdung auf der anderen Seite. Mehr Integration in

keinem Wertesystem vollständig. „Diese Jugendlichen haben vielleicht keine festen Wurzeln in einem der beiden für sie relevanten Gesellschaftsgefüge, doch damit geht auch eine gewisse Flexibilität einher, die moderne KosmopolitInnen auszeichnet“, erläutert sie.

Intelligentes Studiendesign

Die aufwendige Studie ist in drei Phasen gegliedert. Zunächst werden Strukturen ähnlicher Studien anderer EU-Länder analysiert. So wird internationale Vergleichbarkeit gewährleistet. Zusätzlich werden in einer Pilotstudie 30 Interviews mit ausländischen Jugendlichen in Österreich geführt. Diese sind in Ihrer Struktur offen und dienen allein dem Herausfiltern relevanter Themen. Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten wird ein einheitlicher Fragenkomplex erarbeitet – der Kern der Studie.

In der zweiten Phase werden 1000 ausländische Jugendliche in der Altersgruppe 16–26 Jahre befragt. Parallel werden über 400 jugendliche ÖsterreicherInnen aus vergleichbarem Milieu interviewt. Diese Gruppe dient als Kontrolle, um jene Einflüsse zu identifizieren, die ihren Ursprung in allgemeinen Lebensumständen haben. Die letzte Phase dient dazu, die vorläufigen Interpretationen

der Daten zu untermauern. Dazu werden weitere 40 Jugendliche in offenen Interviews befragt.

Mit Unterstützung dieser zweijährigen, intelligent angelegten Studie schafft der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) eine solide Erkenntnisbasis für zukünftige sozialpolitische Entscheidungen zur Integration ausländischer MitbürgerInnen. Eine wichtige Voraussetzung für deren Identifikation mit einer anderen Kultur. ■

<http://www.fwf.ac.at/>



Foto: Patrizia Gapp

Österreich bedeutet also mehr Diskrepanz zu den Eltern. Diese Lose-Lose-Situation führt bei den Jugendlichen zu einem inneren Konflikt.“ Die laufende Studie wird nun Informationen liefern, wie damit umgegangen wird.

Prof. Dr. Hilde Weiss führt aber auch einen potentiellen Vorteil dieses Lebens in zwei Welten an. Der Umgang mit zwei unterschiedlichen kulturellen Umgebungen führt zur Auswahl von Wertvorstellungen aus beiden Systemen – je nach emotionalem Bedarf. Dabei unterwerfen sich die jungen Menschen

WWF-Gletscherbericht: Millionen Menschen bedroht

Auch Österreich von Lawinen, Bergstürzen und Hochwässern gefährdet

Die Erde ist im Fieber, die Gletscher schmelzen! So die Bilanz des Ende November präsentierten Gletscherberichts des WWF. Aus allen Teilen der Welt melden Klima- und Gletscherforscher atemberaubende Rekordverluste. „Die Gletscher zeigen auf drastische Weise die Auswirkungen der Erderwärmung durch den Klimawandel“, warnt Stefan Moidl, Klimaexperte des WWF. Am härtesten betroffen sind Länder wie Bolivien, Ecuador oder Peru, wo das Schmelzwasser der Gletscher in Trockenzeiten die einzige Trinkwasserquelle darstellt. Im Himalaya drohen katastrophale Hochwasserereignisse durch die Gletscherschmelze Millionen von Menschen in die Flucht zu treiben. Mit der UNO-Klimakonferenz in Mailand ist ein neuer Schritt in Richtung globalem Klimaschutz in Sicht.

Auch in Österreich sind Menschen im Nahbereich von Gletschern mit neuen Gefahren konfrontiert. Das Auftauen des ewigen Eises führt zu Geröll- und Schlammlawinen, Bergstürzen und Gletscherhochwässern. Seit 1850 haben alpine Gletscher bereits mehr als die Hälfte ihrer Eismasse verloren. Allein die vergangenen zwei Jahrzehnte mit heißen Sommern und relativ wenig Winterniederschlag haben einen Gletscherverlust in den Alpen von 10 bis 20 Prozent gebracht. Der langjährige Beobachter der Pasterze am Großglockner, Prof. Dr. Gerhard Lieb von der Universität Graz, berichtet, daß der Gletscher alleine im letzten Jahr um 30 Meter kürzer geworden ist. Die Eisdicke hat im Schnitt über die gesamte Gletscherzunge um 6,5 Meter abgenommen. Mit dieser rapiden Schmelze werden unsere Alpengletscher auch als Lebensraum für eine einzigartige Pflanzen- und Tierwelt verloren gehen. „Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Und geht es in diesem Tempo weiter, wird es bis zum Ende dieses Jahrhunderts praktisch keine Gletscher in den Alpen mehr geben“, prognostiziert Moidl.

Bei der 9. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention in Mailand steht viel auf dem Spiel, denn der weltweite Klimaschutz braucht dringend ein Signal der Einigkeit. Formal dominieren zwar Detailfragen die Agenda, aber hinter den Kulissen geht es darum, Rußland mit ins Boot zu holen, damit das Kyoto-Protokoll auch formal in Kraft treten und seine Wirkung entfalten kann. ■



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Universität Salzburg: Neuer Supercomputer

An der Universität Salzburg arbeitet jetzt ein Rechen-Cluster

Ein neuen Rechencluster mit 50 Prozessoren stellte Univ.-Prof. Dr. Peter Zinterhof, Leiter des Institutes für Scientific Computing an der Universität Salzburg, und sein Team Anfang Dezember in den Räumen des ihres Instituts vor. Eingesetzt werden soll der Hochleistungsrechner in ganz verschiedenen Forschungsbereichen. So soll er den Klimaforschern dabei helfen, die Verbreitung von Schadstoffen zu untersuchen. Im Scientific Computing dient er der Bewältigung komplexer wissenschaftlicher Aufgabenstellungen. So kann der Supercomputer für Parallelisierungsverfahren, Performanceanalysen und -modellierung oder zum Aufbau paralleler Datenbanken und in der Bioinformatik genutzt werden.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Supercomputern besteht ein Cluster aus Komponenten, die in normalen PCs und Workstations aus dem High-End-Bereich zu finden sind. Die Teile sind über ein hochleistungsfähiges Netzwerk miteinander verbunden. 25 Knotenrechner mit jeweils zwei Athlon-Prozessoren arbeiten über ein SCI-Netzwerk in Form eines zweidimensionalen Fünf-mal-Fünf-Gitters zusammen. Das Netzwerk kann Daten mit einer Bandbreite von 150 Megabyte pro Sekunde und einer maximalen Verzögerung von unter fünf Mikrosekunden von einem Knoten zum anderen übertragen. Mit den insgesamt 2,5 Terrabyte an Festplattenspeicher und 50

Gigabyte an Hauptspeicher ist das System geeignet, als paralleles Datenbanksystem für hohen Datendurchsatz zu dienen.

Der neue Cluster-Rechner läuft unter dem frei verfügbaren Betriebssystem Linux und rechnet im Vergleich zu dem bisher am In-



Univ.-Prof. Dr. Peter Zinterhof, Leiter des Institutes für Scientific Computing an der Universität Salzburg, vor dem neuen Supercomputer

Foto: Christine Spranger

stitut für Scientific Computing eingesetzten SGI-PowerChallenge-System mit 20 Prozessoren um den Faktor 16 schneller. Der Supercomputer erreicht eine Performance von etwa 40 Prozent des Supercomputers Cray-T3E mit 512 Prozessoren, der z. B. in der Raumforschung eingesetzt wird. ■

»Quasi ein Genie«

Das Wien Museum Karlsplatz zeigt noch bis 6. Jänner 2002 eine faszinierende Ausstellung über Helmut »Quasi« Qualtinger

Einen „zersetzenden Österreicher“ nannte ihn Hans Weigel, von einem „furchtbar geselligen Menschen“ spricht Vera Borek, die mit ihm verheiratet war. Begrifflich scheint Helmut Qualtinger nur faßbar zu sein, wenn man die Paradoxien und Widersprüche mitdenkt, die dieser vielseitige Kabarettist, Volksschauspieler und Schriftsteller in sich trug. Er war eine „grantige Instanz“ und „Pessimist ohne Pathos“, ein „Virtuose des Unbehagens“, ein Irreführer und Spieler, dessen angebliche Gemütlichkeit immer düster

von sich einmal sagte, sein eigentlicher Beruf sei „Menschenimitator“. Wichtige Abschnitte sind etwa der Zeit der Wiener Kleinkunst-Bühnen der Nachkriegsjahre und der Kabarett-Ära („Spiegel vor'm Gsicht“) gewidmet, in der Qualtinger zu einer Art Wiener Popstar wurde. Weitere biografische Stationen gelten dem zentralen Werk „Der Herr Karl“ und dem zu wenig bekannten Schriftsteller Helmut Qualtinger. Die Ausstellung versucht aber auch, Qualtinger phänomenologisch nachzuspüren: „Quasi per-

sönlich“ heißt eine Station über den „privaten“ Qualtinger, "Quasi ein Wiensüchtiger" ein Abschnitt zu Qualtingers gebrochenem Verhältnis zur Stadt Wien – dargestellt am Beispiel der Beziehung zum Wiener Prater (einem Sammlungsschwerpunkt der Museen der Stadt Wien, die auch ein „Pratermuseum“ betreiben!). Auch die Qualtinger-Spezialität der „practical jokes“, mit denen er Freunde brutal in die Irre führte, fehlt nicht.

Die Schau, die gemeinsam mit dem Thomas Sessler Verlag entwickelt wurde, ent-



Copyright: Museen der Stadt Wien

Foto/Copyright: Didi Sattmann

Bild links: Helmut Qualtinger als Scharfrichter Engel mit Hilde Sochor als Frau Reindl in »Die Hinrichtung« (Carl Merz/Helmut Qualtinger), 1965; Volkstheater Wien; Bild rechts: Helmut Qualtinger im Café Alt Wien, 1984 ()

gründiert war. Qualtinger: eine umstrittene öffentliche Figur, eine „Legende zu Lebzeiten“, ein „Original“, ein „Ur-Wiener“ (was immer das ist!), „ein Gesamtkunstwerk“, „das österreichische Antlitz“ (Franz Schuh).

Qualtingers Werk und Erscheinungsbild war und ist vielschichtig und chamäleonhaft. Ziel der Ausstellung ist es, in unterschiedlichen Annäherungen die vielen Gesichter des Künstlers zu zeigen. Typisch für Qualtingers Nachruhm ist etwa, daß Wien voll mit Menschen ist, die ihn angeblich gut gekannt haben, obwohl die joviale Geselligkeit nur die äußere Schutzschicht eines Melancholikers gewesen sein dürfte. Der Titel „Quasi ein Genie“ spielt auch darauf an, daß das Multi-Talent Qualtinger ein Unvollendeter blieb.

Einerseits präsentiert die Ausstellung die wichtigsten biografischen Abschnitte des 1928 in Wien geborenen Rollenspielers, der



Helmut Qualtinger als »Herr Karl« 1961
Foto/ Copyright: Barbara Pflaum

hält zahlreiche Film- und Fernsehdokumente, Lebensdokumente und Kuriosa unter anderem aus dem Nachlaß, der sich in der Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek befindet. Viele prominente Qualtinger-Spezialisten wirken am Rahmenprogramm mitwirken.

Der von Arnold Klaffenböck, Alexandra Hönigmann, Wolfgang Kos und Ulrich Schulenburg herausgegebene Katalog ist im Verlag Deuticke erschienen. ■

i Wien Museum Karlsplatz
A-1040 Wien, Karlsplatz
Dauer: bis 6. Jänner 2004
Öffnungszeiten:
Di bis So 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Telefon: ++43 / (01) / 505 87 47-0
Telefax: ++43 / (01) / 505 87 47-7201
Anmeldung: Führungen für Erwachsene
E-Mail: oliver.frank@wienmuseum.at
<http://www.museum.vienna.at/>

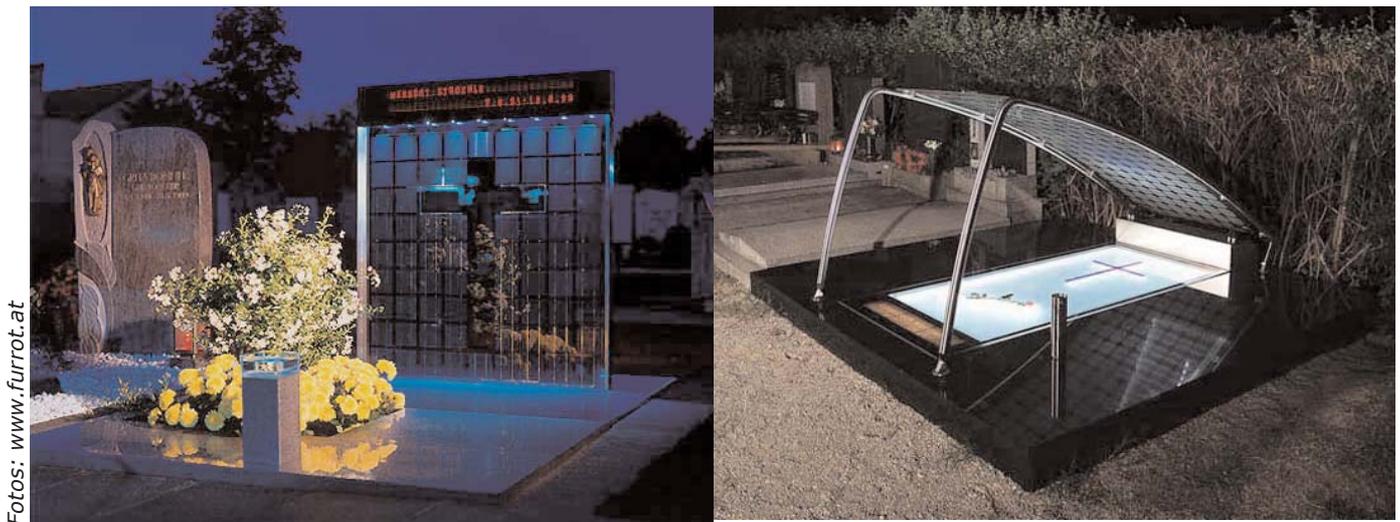
Grabdenkmal für morgen

Bei www.fuerrot.at dachten zwei über die Zukunft unserer Gräber nach

Zwei Vorarlberger Architekten, nämlich Gerhard Ströhle und Simon Rümmele, verändern das konventionelle Grabmal und eliminieren quaderförmige Steinblöcke aus der Bestattung im 21. Jahrhundert. „Wir haben über die Zukunft unserer Gräberkultur nachgedacht und ein ‚Grabdenkmal des 21.

Neben dem sehr gelungenen futuristischen, aber dennoch ein gewisses Maß an „Friedhofs-Kompatibilität“ einhaltendem Erscheinungsbild ist es, wichtig für praktisch Denkende, auch noch nahezu selbstreinigend. Anstelle einer Grabplatte haben die beiden Architekten strukturiertes Edelstahlblech

das eigentliche Grab beugt. Auch hier wurde natürlich auf einen steinernen oder marmornen Deckel verzichtet, ganz im Gegenteil: Eine durchsichtige Glasplatte, nächstens strahlend hell illuminiert, läßt einen Blick auf die Erde zu. Ströhle und Rümmele erklären dieses Gestaltungsmittel als „Effekt der Öff-



Fotos: www.furrot.at

Zwei »Grabdenkmäler des 21. Jahrhunderts« gibt es bereits: links das in Götzis, das rechte auf einem Wiener Friedhof

Jahrhunderts‘ ersonnen. Denn die Kunst der Bestattung und der Ewigen Ruhe ist einer neuen Kultur und den Standards des angebrochenen Jahrtausends entsprechend zuzuführen“, stellen die beiden fest. Zwei Beispiele dafür, wie Gräber wohl künftig aussehen sollten, um zeitgemäß zu sein, sind bereits umgesetzt. Das eine findet sich auf dem Friedhof im Vorarlberger Ort Götzis, wo Angehörigen von Gerhard Ströhle ein „automatisiertes ewiges Licht“ leuchtet.

verwendet, in das Leuchtdioden in Form eines Kreuzes eingesetzt wurden. Die werden natürlich solar-gepeist, der Text läßt sich über jedes Notebook verändern. Vom Preis her gesehen ist der Unterschied zu einem – ebenfalls außergewöhnlichen – konventionellen Grabmal mit 6000 Euro (aufwärts) nicht allzugroß.

Die zweite Grabstätte, auf einem Friedhof in Wien, ist optisch von einem Solarmodul geprägt, das sich wie ein Windschutz über

nung im Sinne von Entweichung der Seele“.

Die beiden Architekten, die unter dem Namen „www.fuerrot.at“ firmieren, haben schon Aufsehen auf sich gezogen. Ein Fernseh-Team aus dem fernen Australien hat bereits einen Beitrag gedreht, Anfragen aus einigen europäischen Ländern werden schon bearbeitet.

Wäre doch gelacht, wenn wir Österreicher unseren besonderen Bezug zu Sterben und Friedhof nicht auch den kommenden Jahrhunderten anpassen könnten! ■

»Kosher Nostra« im Jüdischen Museum

Bis 25. April 2004 präsentiert das Jüdische Museum der Stadt Wien eine Kunstinstallation von Oz Almog, die sich mit jüdischen Vertretern des organisierten Verbrechens in Amerika auseinandersetzt. Er setzt sich diesmal mit dem dunklen Kapitel des jüdischen Amerika auseinander, das auch seinen Anteil an der organisierten Kriminalität hatte, und konfrontiert mit dem faszinierenden und abschreckenden Phänomen des organisierten Verbrechens. ■

Burgenland: Kreative Jugend ausgezeichnet

Am Samstag (06. 12.) fand im Empire-saal im Schloß Esterhazy die der Schlußakt zum Wettbewerb „Jugendkulturpreis 2003“ statt, der heuer bereits zum sechsten Mal ausgeschrieben war. LH-Stellvertreter und Landesjugendreferent Mag. Franz Steindl: „Besonders erfreulich ist es, daß von Jahr zu Jahr eine Qualitätssteigerung der eingereichten Werke zu verzeichnen ist.“ Lesen Sie mehr darüber in einem Bildbericht in der „Österreich Journal“-Ausgabe im Jänner. ■

»Jahrgang 2003« der »Brücke« on the road

In der aktuellen „Brücke“ findet sich der „Jahrgang 2003“ sozusagen on the road: In der Dezember/ Jänner-Ausgabe der Kärntner Kulturzeitschrift werden das gerade in Kanada abgedrehte Road-Movie der Klagenfurter Filmprofis Thomas Woschitz und Gabriele Kranzelbinder oder auch die in den sanften Weinhängeln bei Šmartno entstandenen Arbeiten von Eduard Lesjak vorgestellt. Die „Brücke“ ist erhältlich im Zeitschriftenhandel und unter <http://www.kaernten.gv.at> ■